

Zeppelin Universität Friedrichshafen

Bachelorarbeit

Geschlecht und Wahlerfolg

**Ein Mehrebenenmodell des Wahlerfolgs von Frauen und Männern bei
baden-württembergischen Landtagswahlen**

Autor:

Jens Wäckerle,
Matrikelnummer: 11200407

Betreuer:

Prof. Dr. Joachim Behnke

Politics, Administration and International Relations

Lehrstuhl für Politikwissenschaften

Abgabedatum: 28. April 2015

ZEPPELIN UNIVERSITÄT FRIEDRICHSHAFEN

Abstract

Bachelorarbeit

Geschlecht und Wahlerfolg

Ein Mehrebenenmodell des Wahlerfolgs von Frauen und Männern bei baden-württembergischen Landtagswahlen

von Jens Wäckerle, Matrikelnummer: 11200407

Der Frauenanteil im baden-württembergischen Landtag ist der mit Abstand geringste in Deutschland. Diese Arbeit untersucht die Gründe dafür und benutzt dafür Daten der baden-württembergischen Landtagswahlen seit 1996, die mit Hilfe eines Mehrebenenmodells untersucht werden. Frauen erhalten in derselben Situation weniger Stimmen als Männer und werden - zumindest in der CDU - auch in weniger aussichtsreichen Wahlkreisen nominiert. Während in dieser Diskriminierung von Frauen ein Teil der Erklärung für die geringe Repräsentation von Frauen besteht, ist die Nominierung durch die Parteien der entscheidende Faktor für die geringe Zahl an Frauen im baden-württembergischen Landtag.

Compared to the other Länder of Germany, women are severely underrepresented in the Landtag of Baden-Württemberg. In this paper, reasons for this discrepancy are examined using data from the state elections in Baden-Württemberg since 1996. Using a multi-level model, I find that women get less votes than men in a similar situation. Additionally, men are - at least in the CDU - nominated in more promising situations. While this discrimination is partly responsible for the underrepresentation of women, party nomination is still the most important factor.

Inhaltsverzeichnis

Eigenständigkeitserklärung	i
Abstract	ii
Abbildungsverzeichnis	v
Tabellenverzeichnis	vi
1 Einleitung	1
2 Stand der Forschung	5
2.1 Repräsentation von Frauen	5
2.1.1 Theoretische Begründungen für die Repräsentation von Frauen	7
2.1.2 Die Wirkung weiblicher Abgeordneter	9
2.2 Faktoren für die Repräsentation von Frauen	11
2.2.1 Quoten	12
2.2.2 Kultur	13
2.2.3 Wahlsystem	14
2.2.3.1 Mehrheitswahl	14
2.2.3.2 Verhältniswahl	14
2.2.3.3 Mischsysteme	15
2.3 Sonstige Faktoren	16
2.4 Die Rolle der Parteien	17
2.5 Individuelle Faktoren für den Wahlerfolg	19
2.5.1 Allgemeine Faktoren	19
2.5.2 Geschlechtsspezifische Faktoren	20
2.6 Schlussfolgerungen	23
3 Hypothesen	25
4 Daten, Operationalisierung, Methode	28

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	iv
4.1 Daten und Methode	28
4.2 Operationalisierung	30
4.2.1 Wahlergebnis	30
4.2.2 Geschlecht	31
4.2.3 Wiederholte Kandidaturen	33
4.2.4 Amtsinhaber_innen	34
5 Ergebnisse	35
5.1 Geschlecht und Wahlergebnis	35
5.2 Geschlecht und Nominierung	36
6 Diskussion und Fazit	42
6.1 Geschlecht und Wahlergebnis	42
6.2 Geschlecht und Nominierung	43
6.3 Fazit und Ausblick	44
A Frauenanteil in nationalen Parlamenten	47
B Frauenanteil im deutschen Bundestag	53
C Frauenanteil in den Landtagen	55
Literaturverzeichnis	57

Abbildungsverzeichnis

2.1 Wahlprozess	11
4.1 Verteilung der Wahlergebnisse	31
5.1 Histogramm der standardisierten Residuen (Modell 6)	37
5.2 Residuals vs. Fitted (Modell 6)	37
B.1 Frauenanteil im Bundestag	54
C.1 Frauenanteil in den Landtagen	56

Tabellenverzeichnis

1.1	Mandatsverteilung	3
4.1	Männer und Frauen unter den Bewerber_innen nach Wahljahren	32
4.2	Männer und Frauen unter den Bewerber_innen nach Parteien	32
4.3	Wiederbewerber_innen nach Partei in %	33
4.4	Wiederbewerber_innen nach Geschlecht in %	33
4.5	Amtsinhaber_innen nach Wahljahren	34
4.6	Amtsinhaber_innen nach Partei in %	34
4.7	Amtsinhaber_innen nach Geschlecht in %	34
5.1	Modelle	38
5.2	Anova für den Vergleich der Modelle	38
5.3	Kandidaturen gegen Amtsinhaber_innen	39
5.4	Kandidaturen in CDU-Hochburgen	40
A.1	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	47
B.1	Frauenanteil im deutschen Bundestag	53
C.1	Frauenanteil in den Landtagen	55

Kapitel 1

Einleitung

Der Frauenanteil in deutschen Landtagen liegt zwischen 18,8 % und 41%. Das Land Baden-Württemberg liegt mit fast zehn Prozentpunkten Abstand auf dem letzten Platz dieser Statistik (vgl. Anhang C). Obwohl im Jahr 2011 die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zum ersten Mal die Regierung in Baden-Württemberg übernahm, sank der Frauenanteil im Landtag von 23,7% in der Wahlperiode zuvor auf lediglich 18,8%. Dieses Ergebnis ist nicht nur überraschend, weil die Grünen ihr mit Abstand bestes Ergebnis im Land erreicht hatten (und die Grünen traditionell viele Frauen nominieren), sondern auch weil ein generell zu beobachtender positiver Trend in der Repräsentation von Frauen umgekehrt wurde. Tabelle 1.1 stellt eine Gesamtübersicht über den Wahlerfolg dar; die Forschungsfrage dieser Arbeit wird hierauf aufbauen. Insgesamt ist der Wahlerfolg aller Bewerber_innen sehr gut, in Baden-Württemberg werden sehr wenig Kandidat_innen pro Sitz nominiert. Jede der großen Parteien nominiert 70 Personen und selbst ohne Überhangsmandate hat der Landtag 128 Sitze. Im Jahr 1996 wurden sogar 141 Personen der CDU, SPD, Grünen und FDP gewählt, was bedeutet, dass von diesen Parteien mehr als die Hälfte der Bewerber_innen auch gewählt wurden. Insgesamt erhalten fast 50% der Bewerber_innen ein Mandat, bei der CDU sind es über 90%. Auch in der SPD erhalten mehr als 50% der Bewerber_innen ein Mandat.

Interessant für diese Arbeit ist die Diskrepanz zwischen dem Wahlerfolg von Frauen und Männern. Während 40 % der weiblichen Bewerber ein Mandat erhielten, waren es 51% der männlichen. Am größten ist diese Lücke bei den Bewerbern der CDU, am kleinsten bei den Grünen. In allen Parteien erhalten Männer mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Mandat als Frauen, wobei nur bei der CDU ein signifikanter Zusammenhang besteht ¹. Dies wirkt zusätzlich zu der Tatsache, dass weniger Frauen als Männer nominiert werden. Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit ist demnach, warum Frauen bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg so schlecht abschneiden und auf welchen Aspekt des Wahlprozesses dies zurückzuführen ist.

In dieser Arbeit werden Faktoren für den Wahlerfolg von Frauen untersucht. Dabei wird sowohl untersucht, ob Frauen in derselben Situation weniger Stimmen als Männer erhalten und ob Frauen in weniger aussichtsreichen Wahlkreisen nominiert werden. Mit dieser Fokussierung ist die Untersuchung in den übergeordneten Forschungsbereich der Repräsentation von Frauen eingebettet. In der Humboldtarbeit 'Repräsentation von Frauen in deutschen Landesparlamenten' wurden Faktoren identifiziert, die diese Repräsentation beeinflussen.² Dabei wurde aufgezeigt, dass insbesondere kulturelle Faktoren wie Religion, Scheidungsrate und das Frauenbild wichtig für den Frauenanteil in deutschen Landesparlamenten sind. Eine Grundthese der Forschung ist, dass Mehrheitswahlsysteme zu einem geringeren Frauenanteil führen, da Frauen im direkten Vergleich mit Männern benachteiligt werden. In Listensystemen oder Mischsystemen treten Frauen dagegen nicht oder nicht ausschließlich im direkten Vergleich, sondern über Parteilisten an. Beobachten wir also das Wahlergebnis einer Frau in einem bestimmten Wahlbezirk, stellt sich die Frage, ob ein Mann in derselben Situation mehr oder weniger Stimmen erhalten hätte, ob also das Geschlecht des Kandidaten oder der Kandidatin einen Einfluss auf das Wahlergebnis hatte. Da

¹Insgesamt zeigt der Chi-Quadrat-Test einen signifikanten Zusammenhang zwischen Geschlecht und Wahlerfolg (p:0,003). Für die CDU ist dieser Zusammenhang ebenfalls signifikant (p:0,04), für die SPD (p:0,32), Grüne (p: 0,77) und FDP (p: 0,77), nicht.

²Teile dieser Arbeit entsprechen Abschnitten in oben genannter Humboldtarbeit. Dies betrifft Teile von Kapitel 2 (Stand der Forschung) und 4 (Methode).

Partei	Geschlecht	Mandat		Gesamt
		Mandat	kein Mandat	
Gesamt	Frau	110 40,59%	161 59,41%	271 24,20%
	Mann	436 51,36%	413 48,65%	849 75,80%
	Gesamt	546 48,75%	574 51,25%	1120
CDU	Frau	41 85,42%	7 14,58%	48 17,14%
	Mann	220 94,83%	12 5,17%	232 82,86%
	Gesamt	261 93,21%	19 6,79%	280
SPD	Frau	33 50%	33 50%	66 23,57%
	Mann	124 57,94%	90 42,06%	214 76,43%
	Gesamt	157 56,07%	123 43,93%	280
Grüne	Frau	28 27,72%	73 72,28%	101 36,07%
	Mann	54 30,17%	125 69,83%	198 63,93%
	Gesamt	82 29,29%	198 70,71%	280
FDP	Frau	8 14,29%	48 85,71%	56 20%
	Mann	38 16,96%	186 83,04%	224 80%
	Gesamt	46 16,43%	234 83,57%	280

Tabelle 1.1: Mandatsverteilung

man diese hypothetische Situation nicht untersuchen kann, wird ein Mehrebenenmodell gewählt, mit dem das Wahlergebnis eines Kandidaten oder einer Kandidatin nachempfunden wird. In einem zweiten Schritt wird die Nominierungssituation von Frauen im Gegensatz zu Männern untersucht. Dabei wird betrachtet, ob Frauen in weniger erfolgversprechenden Wahlkreisen kandidieren als Männer. Zuerst werden in Kapitel 2 der Stand der Forschung präsentiert und in Kapitel 3 Hypothesen aufgestellt. Die benutzten Daten, die Operationalisierung der Variablen sowie die Methode werden in Kapitel 4 genauer beschrieben. Ergebnisse dieser Untersuchung werden in Kapitel 5 dargestellt, bevor diese im abschließenden Kapitel diskutiert werden.

Kapitel 2

Stand der Forschung

2.1 Repräsentation von Frauen

Das Frauenwahlrecht wurde in Deutschland direkt nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt, 47 Jahre nach dem Wahlrecht für Männer. Der Staat Wyoming war 1869 der erste Staat der Welt, der das Frauenwahlrecht einführte. Im Jahr 1906 führte Finnland als erstes europäisches Land das Frauenwahlrecht ein, gefolgt von einigen anderen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem zweiten Weltkrieg folgten weitere Staaten wie Frankreich oder Italien. Die letzten Staaten, die das Frauenwahlrecht einführten, waren die Schweiz (1971) und Liechtenstein (1984). ([Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, 1989](#))

Die Modernisierung des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen in der Politik hat in zwei Phasen stattgefunden: Industrialisierung (höherer Anteil von Frauen am Arbeitsleben, Rückgang der Kinderanzahl pro Frau, Zugang zu politischen Institutionen, Übergang von traditionellen zu säkular-rationalen Werten) und Postindustrialisierung (Zugang zu Spitzenpositionen und politischer Entscheidungsmacht, Übergang von Überlebens- zu Selbstverwirklichungszielen). Es ist daher nicht abwegig zu

sagen, dass sich die Stellung von Frauen in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten verbessert hat. Eine andere und keineswegs beantwortete Frage ist allerdings, ob sich automatisch über die Zeit eine Gleichstellung von Männern und Frauen einstellen wird, das heißt, ob der Angleichungsprozess ein natürlicher und dauerhafter sein wird. Die hier beschriebenen Faktoren, die die Repräsentation von Frauen beeinflussen, geben Hinweise auf einen kulturellen Wandel, der durch Maßnahmen wie beispielsweise Wahlrechtsreformen oder Quoten befördert werden kann. (Norris und Inglehart, 2003)

Abschließend einige Worte zum aktuellen Stand der Repräsentation von Frauen. Anhang A zeigt die Übersicht über den Frauenanteil in den nationalen Parlamenten der Welt, die von der Interparliamentary Union (IPU) zur Verfügung gestellt werden. An der Spitze liegt Ruanda mit einem Frauenanteil von 63,8 Prozent, gefolgt von Bolivien (53,1 Prozent), Andorra (50 Prozent), Kuba (48,9 Prozent), den Seychellen (43,8 Prozent) und Schweden (43,6 Prozent). Deutschland liegt mit einem Frauenanteil von 36,5 Prozent auf Platz 21, Frankreich mit 26,2 Prozent auf Platz 45 und die Vereinigten Staaten mit 19,4 Prozent auf Platz 72. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 22,1 Prozent, von den 44.978 Abgeordneten der Welt sind 9923 Frauen. In Skandinavien liegt der Durchschnitt bei 41,5 Prozent, im restlichen Europa bei 23,7 Prozent, die arabischen und pazifischen Staaten weisen mit 18,1 Prozent und 13,1 Prozent den geringsten Frauenanteil auf. (Interparliamentary Union, 2014)

Anhang B stellt die Entwicklung des Anteils deutscher Parlamentarierinnen im Bundestag dar. Der Anteil wuchs von 6,8 Prozent in 1949 stetig auf 32,5 Prozent in 2002. Interessant ist hierbei zum einen der beträchtliche Anstieg der Repräsentation in den Wahlen nach der deutschen Wiedervereinigung und zum anderen die Stagnation auf einem Niveau knapp über 30 Prozent seit den Wahlen 1998. Anhang C beschreibt den Frauenanteil in den verschiedenen Bundesländern. Baden-Württemberg ist klares Schlusslicht und hat mit 18,8 Prozent Frauen fast 10 Prozentpunkte Rückstand

auf Mecklenburg-Vorpommern, das mit 28,2 Prozent Frauenanteil den zweitniedrigsten Wert aufweist. Den höchsten Frauenanteil im Parlament hat Bremen mit 40,96 Prozent. Dies zeigt, dass nicht nur international große Unterschiede zwischen Staaten herrschen, sondern auch innerhalb von Deutschland eine Diskrepanz von mehr als 20 Prozentpunkten zwischen den Bundesländern mit den geringsten und höchsten Frauenanteilen vorliegt.

2.1.1 Theoretische Begründungen für die Repräsentation von Frauen

Der Einfluss von Frauen im Parlament kann grob in drei Bereiche aufgeteilt werden: deskriptive, substantielle und symbolische Repräsentation. ([Dahlerup und Freidenvall, 2010](#), [Schwindt-Bayer und Mishler, 2005](#)) Deskriptive Repräsentation beschreibt den Anteil an Frauen in einem Parlament. Dieser Ansatz ist empirisch am einfachsten nachzuvollziehen. Substantielle Repräsentation untersucht die Frage, was die weiblichen Abgeordneten inhaltlich bewirken. Hier werden politische Entscheidungen untersucht und betrachtet, wie Frauen konkret politisch handeln und ob ein Zuwachs an Frauen in einem Parlament auch zu einer feministischeren oder geschlechtergerechteren Politik führt. Symbolische Repräsentation beschreibt schließlich die Auswirkung des Frauenanteils auf die Legitimation und demokratische Bewertung sowie den inklusiven Charakter eines Parlaments. Schwindt-Bayer und Mishler zeigen auf, dass die Ebenen der Repräsentation als zusammenhängender Prozess verstanden werden müssen. Sie finden auch Hinweise auf die Wichtigkeit einer kritischen Masse von Frauen, um deskriptive und substantielle Repräsentation zu erreichen. ([Schwindt-Bayer und Mishler, 2005](#))

Argumente, die für die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen ins Feld geführt wurden, werden oft auf das Selbstbestimmungsrecht aller gesellschaftlichen Gruppen reduziert. Das Argument, der Ausschluss bestimmter Gruppen, wie zum Beispiel Frauen, führe zur Unterdrückung dieser Gruppe ist zwar richtig, Robert Dahl nennt als zentralen Aspekt allerdings die Umkehrung der Argumentation: Es geht nicht mehr darum, welche Gruppen das Wahlrecht erhalten sollten, sondern darum, mit welcher Begründung man manche Gruppen ausschließen dürfte. Dadurch liegt die Beweislast nicht mehr bei den Frauen, die ihr Wahlrecht erkämpfen müssen, sondern bei den Männern, die begründen, warum sie Frauen von der Wahl ausschließen wollen (Dahl, 1989, zitiert nach: Phillips, 1995). Neben Dahl dient Hanna Pitkin's Buch 'The Concept of Representation' als Startpunkt vieler Analysen der Repräsentativität von politischen Systemen. Dabei legt sie den Fokus auf die substantielle im Gegensatz zur deskriptiven Repräsentation. Für sie sind also die konkreten Handlungen von politischen Akteuren wichtiger, als deren Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe (Pitkin, 1967).

Ein solches klassisches Verständnis von repräsentativer Demokratie sieht Repräsentanten vor, die bestimmte Ansichten und Ideen abbilden und diese durch ihre Arbeit im Parlament umsetzen. Der Wähler wählt in diesem System also Inhalte, die Personen, die diese Inhalte umsetzen sind dabei zweitrangig. (Phillips, 1995, S.1ff.) Anne Phillips schlägt in ihrem Buch „The Politics of Presence“ (Phillips, 1995) ein Gegenmodell vor, das insbesondere auf die Inklusion und Repräsentation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wie Frauen oder ethnischer Minderheiten abzielt. Phillips argumentiert, dass es wichtig ist, wer in einem Parlament sitzt und nicht nur welche Inhalte er oder sie vertritt. (ebd, S.5ff) Sie kommt zu dem Schluss:

„While the politics of ideas is an inadequate vehicle for dealing with political exclusion, there is little to be gained by simply switching to a politics of presence. Taken in isolation, the weaknesses of the one are as dramatic as the failings of the other. Most

of the problems, indeed, arise when these two are set up as exclusionary opposites: when ideas are treated as totally separate from the people who carry them; or when the people dominate attention, with no thought given to their policies and ideas. It is in the relationship between ideas and presence that we can best hope to find a fairer system of representation, not in a false opposition between one or the other.” (ebd., pp.24f.)

Die Begründung für eine Hinkehr zu einer „politics of presence“ liegt nicht nur in der Beteiligung von Frauen an der politischen Kontrolle (ebd., S.31ff.), sowie Abwägungen hinsichtlich Gleichheit und Minderheitenrechte. (ebd., S.36ff.) Psychologisch ist es für das Selbst- und Fremdverständnis einer Gruppe wichtig, ob sie in den wichtigen gesellschaftlichen Gremien vertreten ist. (ebd., S.39ff.) Die Idee, dass Politiker für Inhalte gewählt werden, stößt außerdem dann an ihre Grenzen, wenn Entscheidungen anstehen, die nicht Teil des Wahlkampfes waren, das heißt für deren Lösung die Politiker nicht gewählt wurden. (ebd., S. 41ff.) Dann sind die individuellen Eigenschaften der Politiker wie Geschlecht oder Identität entscheidend. Entscheidende Schritte zur Auflösung der bestehenden Ungleichheiten bedürfen außerdem der direkten Anwesenheit der Vertreter dieser Gruppen. (ebd. S.43f.)

2.1.2 Die Wirkung weiblicher Abgeordneter

Auf deskriptiver Ebene zeigen Banducci et al. den positiven Effekt von Abgeordneten aus Minderheiten (ein Effekt, der sich so auch für Frauen vermuten lässt) auf die generelle Beteiligung und Inklusion der Gruppe im politischen System. (Banducci et al., 2004) Joni Lovenduski und Pippa Norris untersuchen in ihrer Studie „Westminster women: The Politics of Presence“ die Einstellungen von Männern und Frauen in der britischen Politik. Während die beiden Gruppen bei klassischen Themen keine Unterschiede aufweisen, zeigt sich, dass Frauen bei Themen die Frauen betreffen signifikant klarere Positionen haben. Dies betrifft beispielsweise Quoten oder

Einstellungen gegenüber der Stellung von Frauen in der Gesellschaft. Während sich diese Unterschiede aufgrund des strikten Fraktionszwangs aktuell noch nicht im Abstimmungsverhalten widerspiegeln, erwarten die Autoren durch die Anwesenheit von Frauen langfristig eine Änderung der politischen Kultur, der politischen Agenda und dem Verhalten von Parteien in der britischen Politik (Lovenduski und Norris, 2003). Claire Devlin und Robert Elgie beschreiben in einer Fallstudie den Einfluss der Frauen im ruandischen Parlament, welches den höchsten Anteil an Frauen weltweit aufweist. Sie folgern, dass die Frauen zu einer Stärkung der Bürgerbeteiligung und einer Verbesserung des sozialen Klimas im Parlament führen, allerdings hatten sie nicht den erwarteten Einfluss auf die Arbeitszeiten und die Kinderbetreuung im Parlament. Inhaltlich konnte eine Beeinflussung der politischen Agenda bejaht werden, dieser führte aber oftmals nicht zu anderen Ergebnissen. (Devlin und Elgie, 2008) Andere Autoren sind dabei noch vorsichtiger: Lena Wängnerud stellt zwar fest, dass weibliche Politiker zur Stärkung der inhaltlichen Position von Frauen beitragen, allerdings ist unklar, wie genau die Interaktion zwischen substantieller und deskriptiver Repräsentation funktioniert (Wängnerud, 2009, S.65). Kathleen Bratton beschreibt einen möglichen „backlash effect“ einer steigenden Anzahl an Frauen in US-Parlamenten: Frauenrechte werden nicht mehr von der Mehrheit im Parlament (den Männern) vertreten, sondern sind nun Aufgabe der stärker werdenden Minderheit (den Frauen), die aber teilweise Schwierigkeiten hat, diese durchzusetzen. Der durchaus vorhandene Effekt von Parlamentarierinnen auf das Agenda-Setting transformiert sich also häufig nicht in konkrete Maßnahmen. Des Weiteren unterstützen Parlamentarierinnen, die beispielsweise für die Republikanische Partei in den USA kandidieren, nicht unbedingt „klassische“ Frauenpositionen bei Themen wie Abtreibung, gleicher Bezahlung oder anderen Gleichberechtigungsthemen. (Bratton, 2002)

Generell ist es interessant zu sehen, dass die Autoren von den weiblichen Abgeordneten bestimmte (Frauen-)Themen erwarten, obwohl nicht unbedingt gesagt ist,

dass die weiblichen Abgeordneten im ruandischen Parlament überhaupt ein persönliches Interesse an Kinderbetreuung oder ein ideologisches Interesse an frauenpolitischen Themen haben. Michelle Swers kommt in ihrer Studie der 103. und 104. US-amerikanischen Kongresse zu dem Schluss, dass Frauen in großem Maße Gesetzgebung zu Themen beeinflussen, die Frauen betreffen. (Swers, 2002) In einer Studie des Unterzeichnungsverhaltens bei sogenannten „Early Day Motions“ (EDM) im britischen Parlament zeigen Sarah Childs und Julie Withey, dass Frauen bei diesen nicht-verbindlichen Empfehlungen für die Ausrichtung der Politik klare Standpunkte für Frauenrechte einnehmen. (Childs und Withey, 2004) Miki Caul Kittilson findet einen Einfluss von Frauen auf die Programme der Parteien, was die Annahme unterstützt, dass Frauen auf Parteiebene bessere Ansatzpunkte für die Veränderung des politischen Systems haben. (Kittilson, 2011) Wolbrecht und Campbell finden außerdem einen „Vorbildseffekt“ von Parlamentarierinnen auf Frauen und insbesondere Mädchen, die sowohl häufiger über Politik diskutieren, als auch sich aktiv engagieren. (Wolbrecht und Campbell, 2007)

2.2 Faktoren für die Repräsentation von Frauen

Abbildung 2.1 zeigt den Wahlprozess mit den drei Stufen Selbstauswahl, Nominierung und Wahl. Da ungefähr die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, allerdings be-



Abbildung 2.1: Wahlprozess

trächtlich weniger Abgeordnete Frauen sind, ist es interessant zu untersuchen, an welcher Stelle des Wahlprozesses dieser Verlust am stärksten ist. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Wahl und es wird untersucht, ob im Übergang von Nominierung zu

Wahlerfolg eine systematische Benachteiligung von Frauen vorliegt. In den folgenden Abschnitten wird allerdings auch beleuchtet, welche Rolle aggregierte Faktoren und die Parteien spielen, bevor konkreter auf individuelle Faktoren eingegangen wird. Aggregierte Faktoren für die Repräsentation von Frauen lassen sich in drei Hauptgruppen aufteilen: Quotenregelungen, Kultur und das Wahlsystem.

2.2.1 Quoten

Quoten sind einer der beliebtesten Forschungsaspekte hinsichtlich der Repräsentation von Frauen, da sie in der Theorie einen relativ einfachen und unmittelbaren Effekt versprechen und viele Studien diesen Zusammenhang auch nahe legen (Dahlerup, 2006, Kaiser und Hennl, 2008, Tripp und Kang, 2008). Drude Dahlerup und Lenita Freidenvall beziehen sich in ihrer Studie „Judging Gender Quotas: Predictions and Results“ (Dahlerup und Freidenvall, 2010) auf die Unterscheidung zwischen deskriptiver, substantieller und symbolischer Repräsentation und beschreiben den Einfluss von Quotenregelungen auf diese oben beschriebenen Kategorien. Auf deskriptiver Ebene haben funktionierende (also eingehaltene) Quoten einen klaren Einfluss auf die Repräsentation von Frauen; der Anteil an Frauen kann sogar den mit der Quote anvisierten Wert übersteigen. (ebd., S. 411ff.) Anne Phillips beschreibt wie - angefangen in den 70er Jahren in Skandinavien - mehr und mehr Staaten Quoten auf Partei- oder Wahlebene eingeführt haben und dieses Thema dadurch mehr und mehr Anerkennung fand. (Phillips, 1995, S.58) In Deutschland führten die Grünen als erste Partei eine Quote auf ihre Listen für die Bundestagswahl 1986 ein, die Linke, CDU und SPD folgten mit eigenen Quoten in unterschiedlicher Höhe. (Davidson-Schmich, 2010, ebd.) In einer Untersuchung des Einflusses der Einführung einer Quote bei offenen Listen in Polen analysieren Maciej Gorecki und Paula Kukołowicz den Erfolg von Frauen in den Wahlen 2007 und 2011 und kommen zu dem Schluss, dass zwar nach Einführung der Quote eine größere Anzahl an Frauen nominiert wurden, diese allerdings eine geringere durchschnittliche Erfolgschance hatten als die Frauen vor

der Einführung der Quote. (Gorecki und Kukolowicz, 2014)

Quoten können grundsätzlich verbindlich oder freiwillig sein. Nicht verbindliche Quoten existieren beispielsweise in Deutschland auf Parteebene, eine verbindliche, also gesetzlich vorgeschriebene und durchgesetzte Quote für Frauen ist in Deutschland auch verfassungsrechtlich umstritten. Im Wesentlichen gibt es zwei sich gegenüberstehende Rechtspositionen. Beide akzeptieren den grundsätzlichen Konflikt zwischen Artikel 3 des Grundgesetzes, in dem die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Pflicht des Staates auf diese hinzuwirken, festgelegt ist auf der einen Seite und das Selbstbestimmungsrecht der Parteien auf der anderen Seite. (Gaßner et al., 2012, Jutzi, 2012)

2.2.2 Kultur

Kulturelle Faktoren beeinflussen die Repräsentation von Frauen auf mehreren Ebenen. Sie beeinflussen, ob Frauen für politische Ämter kandidieren, ob sie den Nominierungsprozess durch die Parteien überstehen und ob sie schlussendlich vom Wähler gewählt werden. Außerdem spielen kulturelle Faktoren eine Rolle, wenn über die Einführung von Quoten oder eine Wahlrechtsreform verhandelt wird. (Inglehart und Norris, 2002, S.322f.) Norris und Inglehart beschreiben Religion als ein wichtiges Element im Zusammenhang mit Kultur, da soziale Normen und Werte von religiösen Praktiken beeinflusst werden. Diese gesellschaftlichen Strukturen beeinflussen das gesellschaftliche Zusammenleben und die Vorstellung von Geschlechterrollen auch außerhalb religiöser Praktiken. Die zunehmende Säkularisierung vieler Staaten führt daher zu einem langsamen aber stetigen Abbau dieser Vorstellungen. (Norris und Inglehart, 2001, 2003, S.49ff)

Paxton und Kunovich (2003) legen in ihrer Studie nahe, dass die Effekte die der Religion zugeordnet sind, eigentlich ideologische Effekte sind. Dies bedeutet, dass nicht

Religiosität an sich, sondern vielmehr die über Religion vermittelten Werte hinsichtlich der Rolle und Stellung von Frauen einen Einfluss auf die Repräsentation ausüben (S. 99). Sie beschreiben Ideologie als den stärksten Faktor zur Erklärung der Unterschiede in der Repräsentation von Frauen.

2.2.3 Wahlsystem

Schon 1987 beschrieb Wilma Rule: „type of electoral system is still the most significant predictor“ und kommt zu dem Schluss, dass Verhältniswahlsysteme mit möglichst großen Wahlkreisen für die Repräsentation von Frauen am besten sind. (Rule, 1987) Im Allgemeinen werden zwei Wahlsysteme unterschieden: Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme. Des Weiteren bestehen beispielsweise in Deutschland Mischsysteme.

2.2.3.1 Mehrheitswahl

In Mehrheitswahlsystemen wird pro Wahlbezirk ein Sitz an den/die Bewerber_in oder die Partei vergeben, die die meisten Stimmen erhält (bzw. wer das Quorum der Stimmen erreicht). Im Nominierungsprozess spielen nun nicht nur die Erfolge der Vergangenheit und das Engagement in der Partei (beispielsweise durch vorher gewonnene Wahlen) eine Rolle, sondern auch die in den Parteien vorherrschenden Machtstrukturen. In beiden Aspekten haben Männer im Allgemeinen Vorteile gegenüber Frauen (Matland, 2005). Mehrheitswahlsysteme benachteiligen Frauen daher vor allem aufgrund der Nominierungsentscheidung der Parteien.

2.2.3.2 Verhältniswahl

In Wahlsystemen mit Verhältniswahl sind die Distrikte unterschiedlich groß, im Allgemeinen aber so, dass mehr als ein Sitz zu vergeben und daher auch mehr als ein

Sitz pro Partei zu gewinnen ist. Die Parteien stellen daher Listen mit Kandidaten auf, die potentiell alle zur Verfügung stehenden Sitze gewinnen könnten. Die Parteien haben in diesen Systemen ein Interesse am sogenannten „ticket-balancing“ (Matland, 2005, S.101ff.) Eine ausbalancierte Liste – nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach Demographie, Berufen oder geographischer Verteilung – spricht sowohl verschiedene Wählergruppen an, stellt aber auch die Forderungen verschiedener Gruppen innerhalb der Partei zufrieden. Eingeführte Quoten bei einer Partei können sich so auch auf andere Parteien übertragen. (ebd., S.102)

Insgesamt sind sich die meisten Forscher einig, dass das Verhältniswahlssystem im Gegensatz zum Mehrheitswahlssystem Frauen unterstützt. (Matland, 1998, Norris, 2006, Yoon, 2004) Eine hohe Hürde für den Einzug einer Partei ins Parlament führt auch tendenziell zu einer höheren Repräsentation von Frauen, da durch die Limitierung der Parteien die Anzahl der Abgeordneten pro Partei steigt und dadurch Frauen unterstützt werden, die bei großen Parteien auf mittleren Listenplätzen stehen und die meist männlichen Spitzenkandidaten der kleinen Parteien nicht einziehen. (Matland, 2005, S.104) Schon in einer früheren Arbeit kommt Matland zum Schluss, dass die Größe der Parteien in den Wahlbezirken (die sich aus erhältlichen Sitzen und etwaigen Hürden ergibt) innerhalb des Verhältniswahlsystems eine wichtige Größe ist. (Matland, 1993)

2.2.3.3 Mischsysteme

Mischsysteme vereinigen die beiden Systeme und haben zwei (mehr oder weniger getrennte) Wahlebenen, wodurch ein Teil der Sitze durch Verhältniswahl vergeben wird und ein anderer Teil durch Mehrheitswahl. Der Effekt von Mischsystemen auf Repräsentationsfragen ist interessant, da vermutet werden kann, dass die beiden Stimmabgaben nicht unabhängig voneinander funktionieren; insbesondere dann nicht, wenn die Listenmandate nur die besten Verlierer aus den Wahlkreisen sind, wie in Baden-Württemberg. Da, wie oben beschrieben Verhältniswahlssysteme für

die Repräsentation von Frauen förderlicher sind als Mehrheitswahlsysteme, ist zu erwarten, dass Mischsysteme in ihrer Wirkung dazwischen liegen. Tatsächlich scheint dies auch der Fall zu sein. (Davidson-Schmich, 2010, Kostadinova, 2007) Außerdem existieren eine Vielzahl von Interaktionen zwischen den beiden Ebenen, wie beispielsweise Doppelkandidaturen und das Erreichen von internen Quoten mittels der Landeslisten (Fortin-Rittberger und Eder, 2013). André Kaiser und Annika Hennl benutzen in ihrer Analyse der Landtagswahlen in Deutschland die Variable "Anteil der Direktmandate", um den Einfluss des Teils des Wahlsystems der direkt gewählt wird zu untersuchen. Sie kommen zu dem Schluss, dass ein höherer Anteil an Direktmandaten zu einem geringeren Frauenanteil im Parlament führt. (Kaiser und Hennl, 2008) Dies deutet auf die Positionierung von Mischsystemen zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahlsystemen und die Vermischung der Effekte der beiden Systeme hin.

2.3 Sonstige Faktoren

Die Frage, ob Demokratie ein wichtiger Faktor für die Repräsentation von Frauen ist, wird in der Literatur oftmals verneint (Kenworthy und Malami, 1999, Krook, 2010, Matland, 1998, Stockemer, 2009, 2011). Paxton et al. beschreiben einen Effekt der Demokratie über die Zeit (Paxton et al., 2010). Ob ein Staat ein demokratisches System aufweist, beeinflusst in ihrer Studie nicht die Repräsentation direkt, sondern vielmehr das Wachstum über die Zeit, was nahelegt, dass Demokratie beispielsweise über Freiheitsrechte einen langfristigen positiven Effekt auf die Repräsentation von Frauen hat.

Wirtschaftliche Faktoren zeigen sich in vielen Untersuchungen über Faktoren, die die Repräsentation von Frauen beeinflussen, als nicht relevant (Paxton und Kunovich, 2003, Stockemer, 2007). Matland (1998) sieht keinen an sich positiven Einfluss

des Entwicklungsstandes auf die Repräsentation von Frauen. Der Anteil von Frauen am Arbeitsleben wird von manchen Autoren als relevanter Faktor gesehen, Matland (1998) findet einen positiven Einfluss, Kenworthy und Malami dagegen nicht. (Kenworthy und Malami, 1999) Für subsaharische Länder Afrikas ist der Anteil der Frauen am Arbeitsleben kein signifikanter Faktor. (Yoon, 2004) Der Einfluss wirtschaftlicher Faktoren scheint insgesamt nicht robust über verschiedene Untersuchungen nachweisbar zu sein.

Ähnliches gilt bei den sozioökonomischen Faktoren wie Bildung. Finden manche Autoren einen Effekt von Bildung und Universitätsabschlüssen (Rule, 1987), so ist dieser Effekt bei anderen nicht signifikant. (Kenworthy und Malami, 1999, Matland, 1998, Yoon, 2004) Einige weitere Faktoren wie linke Parteien oder marxistisch-leninistische Traditionen werden in verschiedenen Arbeiten erwähnt (Kenworthy und Malami, 1999), sie sind aber nicht in allen Bereichen signifikant und ihre Relevanz für die Repräsentation von Frauen wird in vielen anderen Untersuchungen abgelehnt. Im Kern kann gesagt werden, dass die drei Hauptfaktoren Wahlsystem, Quoten und Kultur im Großteil der Forschung akzeptiert sind und die anderen Faktoren nur geringe, teilweise durch die Kultur transportierte Relevanz haben.

2.4 Die Rolle der Parteien

Aufgrund der wichtigen Rolle von Parteien im politischen Prozess ist die Anzahl der Frauen, die durch die Parteien nominiert werden, der entscheidende Faktor für die Anzahl der Frauen im Parlament. Sheri Kunovich und Pamela Paxton untersuchen den Weg von Frauen in Parlamente und kommen zum Schluss, dass, „the percentage of female candidates explains nearly 70 Prozent of the variance in the percentage of females in national legislatures.“ (Kunovich und Paxton, 2005, S.509) Dies legt

nahe, dass viele gesellschaftliche Effekte, die die Repräsentation von Frauen beeinflussen zu einem großen Teil durch die Parteien wirken. Parteien lassen durch ihre Nominierung den überwältigenden Teil der Bevölkerung nicht zur Wahl zu und haben einen weitreichenden Einfluss auf die Gewinnchancen der Antretenden (durch Listenaufstellung und finanzielle Unterstützung). (ebd., S.511f.)

In einer Studie, die den Nominierungsprozess deutscher Kandidaten und Kandidatinnen nachvollzieht, kommen Manow und Flemming zu folgendem Schluss:

„Diese Befunde [...] weisen dem Wähler also nur eine nachrangige Rolle in der Aus- und Abwahl der Bundestagsabgeordneten zu. [...] Weil eine sehr weitgehende Entscheidung über Wahl und Wiederwahl bereits mit der Nominierung getroffen ist, wird die Partei zum essentiellen Referenzpunkt in den Karrierekalkülen eines Jeden, der die Politik für sich zum Beruf gemacht hat oder machen will. [...] Zeigt sich somit die zentrale Bedeutung der Nominierung, so ist hinsichtlich der „deskriptiven Repräsentation“ zu vermuten, dass auch hier die Vorauswahl durch die Parteien entscheidender ist als die Auswahl durch die Wähler.“ (Manow und Flemming, 2012, S.770f.)

Louise Davidson-Schmich untersucht, wie deutsche Parteien ihre selbst auferlegten Quoten bei der Bundestagswahl 2010 eingehalten haben und ob diese Quoten auch „Ansteckungseffekte“ auf andere Bereiche des Wahlsystems haben. (Davidson-Schmich, 2010) Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass zwar die Parteien, die Quoten beschlossen haben (Grüne, Linke, SPD, CDU) diese auch auf den relevanten Plätzen einhalten, es allerdings keinen „Ansteckungseffekt“ für andere Parteien gibt, FDP und CSU also größtenteils ohne geschlechtsspezifische Betrachtungen nominieren. Auch zeigt sie auf, dass sich die Quoten auf den Listen nicht auf die Direktkandidaten übertragen, in allen Parteien kandidieren mehr Männer als Frauen für die Direktmandate. Die Autorin kommt daher auch zum Schluss, dass „German quotas appear to

have reached the limits of their ability to increase the percent of women in the Bundestag." (ebd., S.151) Matland und Studlar beschreiben auch einen „Ansteckungseffekt“ zwischen Parteien, der in Verhältniswahlsystemen einfacher stattfinden kann, als in Mehrheitswahlsystemen. Parteien sind dabei zwar stark von der Gesellschaft und ihrer unmittelbaren Umgebung (also anderen Parteien) beeinflusst, aber auch konservativ und von bestehenden Machtstrukturen geprägt. (Matland und Studlar, 1996)

2.5 Individuelle Faktoren für den Wahlerfolg

2.5.1 Allgemeine Faktoren

Wie bereits oben beschrieben, ist die Wahlentscheidung insbesondere in Deutschland, aber auch in den meisten anderen demokratischen Systemen durch die Parteien kontrolliert. Der Wahlerfolg des Einzelnen hängt zu einem großen Teil davon ab, für welche Partei er oder sie kandidiert. Matland beschreibt drei Hürden, die ein Individuum überwinden muss, um gewählt zu werden: Selbstausswahl, Nominierung durch die Parteien und Wahl. (Matland, 2005, S.93) Ein großer Faktor für die Wahrscheinlichkeit ist der Status des Amtsinhabers. Dies hat auch Auswirkungen auf die Repräsentation von Frauen: Da die meisten Amtsinhaber Männer sind, profitieren auch vor allem Männer von diesem Amtsinhabervorteil. Eine begrenzte Anzahl an Legislaturperioden, die eine Person in einem Parlament verbleiben kann, könnte diesen Nachteil vermindern. (Schwindt-Bayer, 2005) Dieser Effekt kann allerdings auch dadurch überwunden werden, dass Frauen Sitze gewinnen und wieder kandidieren: sind sie einmal Amtsinhaberinnen, haben sie dieselben Erfolgchancen wie männliche Amtsinhaber. (Shair-Rosenfield und Hinojosa, 2014) Die Wiedererkennung des Namens und der Bekanntheitsgrad der Bewerber gilt als wichtiger Faktor für den Wahlerfolg, insbesondere in offenen Listensystemen. Dies wiederum verstärkt den

Effekt der Amtsinhaberschaft. ([Gorecki und Kukolowicz, 2014](#), [Kam und Zechmeister, 2013](#)).

2.5.2 Geschlechtsspezifische Faktoren

Um den Zusammenhang zwischen Geschlecht und Wahlerfolg zu untersuchen, wurden verschiedene Forschungsansätze verwendet. Dabei ist zwischen experimentellen Studien, die die Vorurteile und Einschätzungen gegenüber weibliche Kandidaten untersuchen und solchen, die Entscheidungen in konkreten Wahlsituationen in den Fokus stellen, zu differenzieren. Die Vorurteile von Bürger_innen gegenüber Frauen in der Politik sind gut belegt, wird in Umfragen oder Experimenten nach der Einschätzung der Eignung von Frauen und Männern für politische Ämter gefragt, schneiden Frauen schlechter ab als Männer ([Dolan, 2014](#), [Galligan und Knight, 2011](#), [Huddy und Terkildsen, 1993](#), [Koch, 2002](#)).

Diskriminierung bei der Wahl?

Es ist hingegen eine andere Frage, ob sich diese Vorurteile auch im Wahlverhalten widerspiegeln. Dies scheint in der Realität eher nicht der Fall zu sein. ([Hunter und Denton, 1984](#), [McElroy und Marsh, 2010](#), [Welch et al., 1985](#)) In einer Studie der kanadischen Wahlen 1993 finden Black und Erickson: „other things being equal, female candidates gained on average more votes than men in the 1993 Canadian election.“ ([Black und Erickson, 2003](#), S.92)

Selbst wenn Frauen jedoch gleich viel Stimmen erhalten würden wie Männer, könnte immer noch vermutet werden, dass die Frauen, die zur Wahl standen, im Durchschnitt höher qualifiziert waren als die Männer und dadurch durch ein gleich gutes Ergebnis eigentlich diskriminiert (also zu schlecht bewertet) wurden. Dies wäre logisch einerseits dadurch begründet, dass die Kandidatinnen, um überhaupt in die

Position zu kommen aufgestellt zu werden, höhere Hürden überwinden müssen als die Männer. Außerdem wäre es naheliegend, dass durch die Nominierung lediglich einer kleinen Gruppe von Frauen gegenüber einer breiten Masse an Männern, die qualitativen Anforderungen, um sich innerhalb seiner Geschlechtsgruppe durchzusetzen bei Frauen höher waren als bei Männern. Black und Erickson finden in ihrer Betrachtung der Qualifikation kanadischer Frauen keine Diskriminierung aufgrund der Qualifikation. (Black und Erickson, 2003) Im Gegensatz hierzu kommen Amy King und Andrew Leigh in ihrer Untersuchung der Wahlen zum australischen Parlament zu dem Schluss, dass Frauen in den Wahlen benachteiligt werden. Zwar hat diese Benachteiligung seit den 80er Jahren aufgrund von sich verändernden sozialen Normen abgenommen, allerdings erhalten auch heute Frauen weniger Stimmen als Männer, auch wenn man für Amtsinhaberschaft, Parteiangehörigkeit und erwartetem Wahlergebnis (aus den vorherigen Ergebnissen im Wahlkreis) kontrolliert. (King und Leigh, 2010)

Vorurteile gegenüber weiblichen Kandidaten übertragen sich zwar auf die Einstellung gegenüber der Rolle von Frauen in der Politik, allerdings kommen Kathleen Dolan und Timothy Lynch zu dem Schluss, dass „political gender stereotypes appear to have very little relationship to actual vote choice when respondents are faced with real candidates.“ (Dolan, 2014, S.666) Dies passt auch zu Erkenntnissen von Stout und Kline, die zeigen, dass Frauen systematisch schlechtere Umfragewerte als Wahlergebnisse haben, ein Hinweis darauf, dass die Vorurteile und Stigmatisierung weiblicher Kandidaten bei der Wahl selbst weniger bedeutend sind als in der Einschätzung dieser Kandidat_innen. (Stout und Kline, 2011) Insgesamt zeigt sich also, dass sich die Analyse von Vorurteilen gegenüber Frauen in der Politik nicht unbedingt direkt auf das Wahlergebnis übertragen lässt: „Indeed, the analysis of vote choice in House elections in 2010 supports the hypothesis that gender stereotypes are not major forces but instead are, like many things, context-bound and episodic, appearing as

significant in some races but not others.” (Dolan, 2014, S.672) Der Grund der Unterrepräsentation von Frauen wird daher eher in der Analyse von Selbstselektion und Nominierung, als im Wahlverhalten zu finden sein (Dolan, 2014, Matland und Tezcür, 2011).

Politische Rekrutierung und Nominierung

Diese Vermutung stützen auch Richard Fox und Jennifer Lawless, die die politische Rekrutierung von Männern und Frauen untersuchen. In einer Umfrage unter mehr als 2000 potentiellen Kandidat_innen in den USA stellten sie fest, dass Frauen signifikant seltener von Parteien oder Parteimitgliedern rekrutiert werden. Da die Rekrutierung der wichtigste Faktor für den Start einer Nominierung ist, sehen die Autoren hierin einen zentralen Faktor für die Unterrepräsentation von Frauen an den Nominierten. (Fox und Lawless, 2010) Zu ähnlichen Schlüssen kommen auch Larissa Plüss und Marisa Rusch, die die Stadtparlamente in der Schweiz untersuchen: Da Frauen von den Parteien seltener rekrutiert werden, sind sie auch weniger in den Parlamenten vertreten. Außerdem kandidieren sie öfter auf lokalen Listen, was ihren Aufstieg auf Kantons- oder Bundesebene erschwert. (Plüss und Rusch, 2012) Auf der Ebene der Selbstauswahl zeigen Kristin Kanthak und Jonathan Woon, dass Frauen zwar nicht politischen Ämtern an sich abgeneigt sind, allerdings im Vergleich zu Männern seltener den Schritt in eine Wahl wagen. Sie führen dies unter anderem auf das Misstrauen von Frauen gegenüber dem politischen System und der Fairheit der Wahl, sowie auf eine Vermeidung von Wettbewerbssituationen und eine Einschätzung der Politik als Männerdomäne, zurück. (Kanthak und Woon, 2014) Barbara Palmer und Dennis Simon zeigen eine weitere Herausforderung für Kandidatinnen auf: sie müssen im Gegensatz zu Männern mit höherer Konkurrenz, auch durch weitere Bewerberinnen, rechnen. In ihrer Analyse gibt es außerdem Wahlkreise, die besonders förderlich für Bewerbungen und Wahlerfolg von Frauen sind, nämlich urbane, diverse

und wohlhabende Wahlkreise. Außerdem besteht ein großer Unterschied hinsichtlich der Erfolgchancen von Frauen zwischen den politischen Parteien (in ihrem Fall zwischen Demokraten und Republikanern). (Hayes, 2011, King und Matland, 2003, Palmer und Simon, 2008, Sanbonmatsu und Dolan, 2009) Konkret äußert sich die Hürde in der Nominierung durch die Parteien, in den USA also beispielsweise in den Primaries, in denen Frauen schlechter abschneiden als Männer (Lawless und Pearson, 2008). Insgesamt zeigt sich außerdem die Wichtigkeit der Selbstausswahl von potentiellen Kandidat_innen für politische Ämter: Bei gleicher Qualifikation halten sich Frauen für weniger fähig, ein politisches Amt auszuüben und treten weniger häufig in den politischen Prozess ein. Diese Selbsteinschätzung von Frauen deckt sich mit der herrschenden Meinung in der Gesellschaft bezüglich der Eignung von Männern und Frauen für politische Ämter und wird als der zentrale Grund für die fortwährende Unterrepräsentation von Frauen in der Politik angesehen. (Fox und Lawless, 2011, Lawless und Fox, 2010)

2.6 Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel wurde die theoretische Herleitung der Repräsentation von Frauen, der Stand der Repräsentation sowie mögliche Gründe für die Unterrepräsentation von Frauen untersucht. Diese Gründe können auf aggregierter, parteilicher oder individueller Ebene untersucht werden, wenngleich sich auf all diesen Ebenen die zentrale Stellung der kulturellen Aspekte der Repräsentation zeigen. Wie oben beschrieben sind kulturelle Faktoren auf Länder- oder Staatenebene zentrale Erklärungsfaktoren für Differenzen in der Repräsentation, aber auch Quotenregelungen und Wahlsysteme spielen eine Rolle. Auf individueller Ebene wirken allerdings dieselben Kräfte: Gesellschaftliche Rollenbilder von Mann und Frau bilden eine starke Barriere gegen die Entwicklung hin zu einer Angleichung der Repräsentation zwischen den Geschlechtern, während das Wahlsystem den situativen Rahmen für die Wahl bildet:

In Direktwahlen schneiden Frauen schlechter ab als in anderen Wahlsystemen, was Autoren wiederum auf Geschlechterrollen hinsichtlich Wettkampfsituationen und konfrontativen Wahlkämpfen zurückführen. Es sollte jedoch auch bedacht werden, dass der Wahlerfolg von Frauen in starkem Maße von der parteilichen und räumlichen Situation der Kandidatur abhängt. Fox und Lawless kommen zu dem Schluss:

„The changes required to close the gender gap in the perceptions we uncovered involve dismantling some of the most deeply embedded and socialized beliefs that both women and men hold about what political candidates look like and what performing that role entails.” (Fox und Lawless, 2011, S.70)

Bezüglich der Wichtigkeit der Repräsentation von Frauen wurde in den ersten Abschnitten dieses Kapitels die Rolle von Frauen im politischen Prozess herausgestellt. Während es richtig ist, dass für die Gesellschaft konkrete Reformen und politische Handlungen entscheidend sind, ist die Anwesenheit von Frauen in Parlamenten, also die deskriptive und symbolische Repräsentation, zentral für die Entwicklung des politischen Systems. Daher liegt der Fokus dieser Arbeit auch auf dieser deskriptiven Repräsentation, also auf dem tatsächlichen Wahlerfolg von Frauen und nicht auf dem Effekt, den diese Frauen im Folgenden auf das politische System haben. Im Weiteren wird es Ziel dieser Arbeit sein, den Wahlerfolg von Frauen in Baden-Württemberg genauer zu untersuchen, um festzustellen, wie der Wahlerfolg vom Geschlecht des Bewerbers oder der Bewerberin abhängt.

Kapitel 3

Hypothesen

Wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben, ist eine erklärende Variable der Varianz des Frauenanteils in Parlamenten die Unterscheidung zwischen Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsystemen. Dabei wird angenommen, dass Frauen im direkten Vergleich mit Männern benachteiligt werden und daher in Mehrheitswahlsystemen unterrepräsentiert sind. Allerdings findet der Großteil der Studien keinen Effekt des Geschlechts auf den Wahlerfolg. Ein Teil dieser Diskrepanz wird durch Selbstauswahl und Nominierung verursacht, doch es bleibt zu fragen, ob nicht doch ein direkter Effekt des Geschlechts auf das Wahlergebnis vorliegt, der erklärt, warum Frauen, wie in Kapitel 1 dargestellt, weniger erfolgreich an den Wahlen teilgenommen haben. Insgesamt wird folgende allgemeine Form für das Wahlergebnis angenommen:

$$\text{Wahlergebnis} = \text{Landesergebnis} + \text{Wahlkreis} + \text{Partei} + \\ \text{IndividuelleFaktoren} + \epsilon$$

Das Wahlergebnis ist der Stimmanteil in Prozent des/der jeweiligen Bewerber(s)_in. Das Landesergebnis beschreibt das Ergebnis der Partei des/der Bewerber_in in der gesamten Wahl. Der Wahlkreis und die Partei werden als Gruppierungsvariablen in das Modell eingeführt (siehe Kapitel 4). Epsilon beschreibt den unerklärten Rest der

Varianz der abhängigen Variable. Die individuellen Faktoren können noch weiter spezifiziert werden: Wir vermuten einen positiven Einfluss von Bewerbungen bei der vorherigen Wahl sowie dem Status als Amtsinhaber_in (Gorecki und Kukolowicz, 2014, Kam und Zechmeister, 2013). Außerdem wird das Geschlecht als zentrale erklärende Variable eingeführt:

$$\begin{aligned} \text{Wahlergebnis} = & \text{Landesergebnis} + \text{Wahlkreis} + \text{Partei} \\ & \text{Amtsinhaber_in(Dummy)} + \text{Wiederbewerber_in(Dummy)} + \\ & \text{Geschlecht} + \varepsilon \end{aligned}$$

Ein/e Bewerber_in ist Amtsinhaber_in, wenn er oder sie bei der vorhergegangenen Wahl ein Mandat erreicht hat und Wiederbewerber_in, wenn er oder sie sich bei der letzten Wahl im selben Wahlkreis beworben hat. Aus diesen Überlegungen ergeben sich folgende Hypothesen:

Hypothese 1: Frauen erhalten gleich viele Stimmen wie Männer.

Aus der Literatur erwarten wir, dass Frauen gleich viele Stimmen wie Männer erhalten, zumindest wenn für Amtsinhaberschaft kontrolliert wird (Black und Erickson, 2003, Dolan, 2014).

Hypothese 2a: Amtsinhaberschaft wirkt sich positiv auf das Wahlergebnis aus.

Hypothese 2b: Kandidat_innen, die sich auch beim letzten Mal auf ein Mandat beworben haben, erhalten mehr Stimmen als solche, die sich zum ersten Mal bewerben.

Hypothesen 2a und 2b beschreiben die Vermutungen bezüglich der Effekte der Kontrollvariablen Amtsinhaberschaft und Wiederbewerbung. Beide Variablen sollten einen positiven Einfluss auf das Wahlergebnis haben. (Gorecki und Kukolowicz, 2014, Kam und Zechmeister, 2013)

Hypothese 3: Frauen werden eher in Wahlkreisen nominiert, in denen sie geringere Erfolgsaussichten haben.

Diese Hypothese bildet die zweite Vermutung hinsichtlich des schlechteren Abschneidens von Frauen in den baden-württembergischen Landtagswahlen, ab. Neben der in Hypothese 1 vermuteten Diskriminierung durch den/die Wähler_in könnte auch die Nominierung in Wahlkreisen mit geringeren Erfolgsaussichten für das schlechtere Abschneiden der Frauen verantwortlich sein. Die oben beschriebene Rolle der Nominierung kann also wiederum in zwei Teile geteilt werden: Erstens werden Frauen seltener nominiert als Männer und zweitens werden sie in Wahlkreisen nominiert, in denen eine geringere Chance auf Wahlerfolg besteht. Aufgrund des baden-württembergischen Wahlsystems ist es auch für kleine Parteien wichtig, in welchem Wahlkreis ein/e Bewerber_in kandidiert (im Gegensatz beispielsweise zur Bundestagswahl), da die Zweitmandate durch den Erfolg im Wahlkreis vergeben werden (siehe Kapitel 4).

Kapitel 4

Daten, Operationalisierung, Methode

4.1 Daten und Methode

Die Datengrundlage für diese Untersuchung sind die Bewerber_innendaten der Landtagswahlen in Baden-Württemberg in den Jahren 1996, 2001, 2006 und 2011. Bei diesen Wahlen treten in den 70 Wahlkreisen jeweils ein/e Bewerber_in für die Parteien CDU, SPD, Grüne und FDP, an. In Baden-Württemberg treten nur Direktkandidat_innen an, es gibt keine festen Landeslisten, diese werden nach der Wahl nach erreichtem Stimmenanteil erstellt. Anhand dieser Listen werden dann 50 Listenmandate vergeben. Die erreichten Stimmanteile der Direktkandidat_innen sind also keine reinen Erststimmen, sondern zählen auch für das Landesergebnis der Partei. Dennoch werden die erreichten Stimmanteile für diese Untersuchung als abhängige Variable herangezogen. Die Wahl im Jahr 1992 dient als Basis für die Bestimmung der Amtsinhaber_innen und erneuten Kandidat_innen des Jahres 1996.

Neben den erklärenden Variablen Geschlecht, Amtsinhaberschaft und wiederholte Kandidatur wird das Gesamtergebnis der Partei des Bewerbers bzw. der Bewerberin als Variable eingeführt. Um den Effekt des Wahlkreises und der Partei zu kontrollieren

wird ein Mehr-Ebenen-Modell erstellt, das als Gruppierungsvariable die Parteien in den Wahlkreisen aufweist. Dadurch erhalten wir 280 solcher Gruppierungsvariablen für alle Kombinationen aus Wahlkreisen und Parteien. In jeder Gruppe befinden sich 4 Beobachtungen, je eine für jede der 4 Wahlen. Dadurch werden gute Ergebnisse in Hochburgen einer Partei, sowie schlechte Ergebnisse in traditionell schwachen Wahlkreisen der jeweiligen Partei, ausgeglichen. Die Schätzung der Mehrebenenmodelle erfolgt mittels einer Maximum-Likelihood-Schätzung. Dies bedeutet, dass das Modell gesucht wird, welches am Wahrscheinlichsten den beobachteten Daten entspricht. Diese Methode liefert bei der Schätzung von Mehrebenenmodellen bessere Ergebnisse als die OLS-Schätzung, die bei linearen Regressionen angewendet wird. (Finch et al., 2014, S.35f.) Die Interpretation von Mehrebenenmodellen ist nicht immer gleich wie bei linearen Regressionsmodellen. Die Interpretation von Signifikanzen funktioniert nicht gleich, weshalb oft keine p-Werte angegeben werden. Die Interpretation der Signifikanz der Schätzwerte wird hier also über die Konfidenzintervalle erfolgen. Auch wird die Modellgüte nicht durch R-Quadrat-Werte bestimmt, sondern das Verhältnis aus Varianz des Wahlergebnisses im Gesamtmodell zur Varianz der abhängigen Variable ohne Modell betrachtet. Dadurch wird untersucht, welchen Anteil der Varianz der abhängigen Variable durch das Modell erklärt wird.¹

Für die Analyse der Struktur der Kandidatur von Frauen und Männern werden Chi-Quadrat-Tests und Wilcoxon-Mann-Whitney-Tests verwendet. Mit Hilfe der Chi-Quadrat-Tests werden die Zusammenhänge zwischen dem Geschlecht des/der Bewerber_in und der Nominierung in Hochburgen der CDU sowie der Kandidatur gegen eine/n Amtsinhaber_in untersucht. Mit den Wilcoxon-Mann-Whitney-Tests für Paarvergleiche wird die Rangfolge der Wahlkreise in der vorherigen Wahl für die beiden Gruppen der Männer und Frauen verglichen und auf signifikante Unterschiede getestet. Die Tests werden jeweils in den Untergruppen der Parteien durchgeführt.

¹Aus Platzgründen wird hier auf eine ausführliche Diskussion von Vor- und Nachteilen, sowie Besonderheiten von Mehrebenenmodellen verzichtet. Gute Übersichten bieten: Field et al. (2012), Finch et al. (2014), Goldstein (2011)

4.2 Operationalisierung

4.2.1 Wahlergebnis

Das baden-württembergische Landtagswahlrecht ist einzigartig in Deutschland. Jede/r Wähler_in hat eine Stimme, es existieren allerdings 70 Direkt- und 50 Listenmandate. Zuerst werden die 70 Direktmandate auf die Sieger_innen aus den 70 Wahlkreisen verteilt. Anschließend bilden die Parteien Listen aus den unterlegenen Direktkandidat_innen. Die Vergabe der Listenmandate erfolgt dann auf Ebene der vier Regierungsbezirke. Dort entstehen auch Überhangsmandate, so dass in der Vergangenheit teilweise über 150 Mandate vergeben wurden. Die Stimme des/der Wähler(s)_in zählt also sowohl für den/die Direktkandidat(en)_in als auch für das Landesergebnis der Partei.

Durchschnittlich erhalten die Kandidat_innen 22,83% der Stimmen, mit einer Standardabweichung von 14,34. Das ist naheliegend, da aus jedem Wahlkreis vier Kandidat_innen aufgenommen werden und sich die restlichen Stimmanteile auf die Wahlergebnisse der kleinen Parteien verteilen. Den geringsten Stimmanteil aller untersuchten Kandidat_innen erhielt Oguzhan Genis mit 2,28%, der für die FDP im Jahr 2011 kandidierte. Das beste Ergebnis erzielte mit 57,60% Paul Locherer im Jahr 2006 für die CDU. Abbildung 4.1 zeigt die Verteilung der Wahlergebnisse. Die Vielzahl der Ergebnisse zwischen fünf und fünfzehn Prozent sind die Bewerber_innen der FDP und Grünen, insgesamt zeigt sich wie zu erwarten eine sehr breite Streuung. Für die Untersuchung der Nominierung in erfolgsversprechenden oder weniger erfolgsversprechenden Wahlkreisen wird außerdem das Ergebnis der vorherigen Wahl, sowie eine Rangfolge der Wahlkreisergebnisse der letzten Wahl erhoben und den Bewerber_innen zugeordnet. Außerdem werden die Wahlkreise in 'CDU-Hochburgen' und andere unterteilt, um zu untersuchen, ob Frauen öfter in diese relativ aussichtslosen

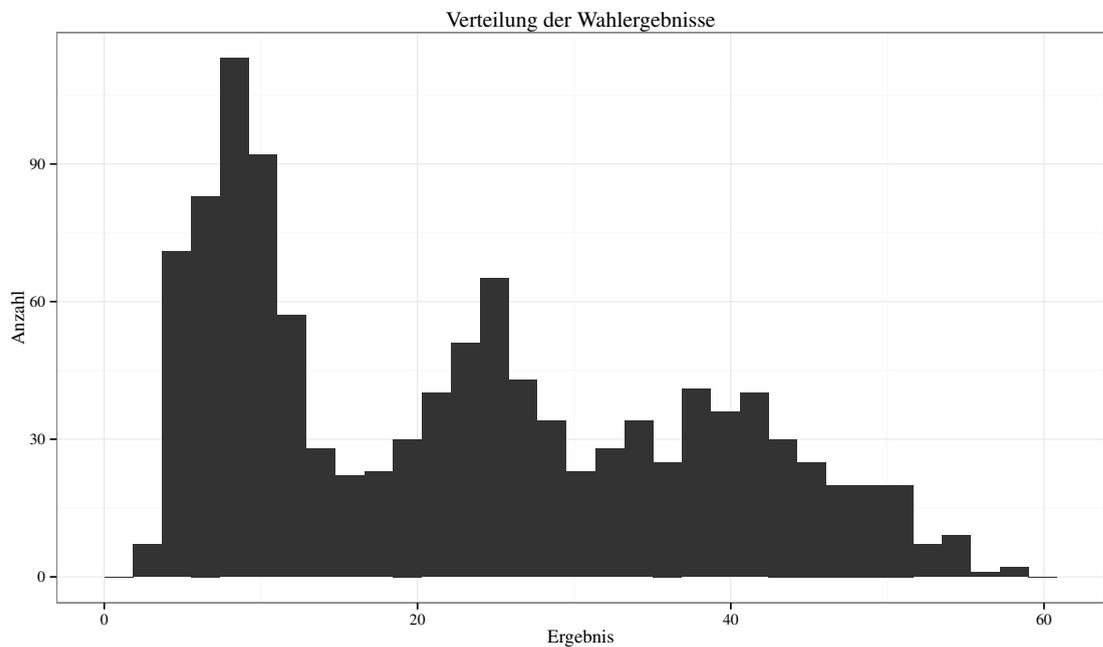


Abbildung 4.1: Verteilung der Wahlergebnisse

Rennen geschickt werden. Ein Wahlkreis ist eine 'CDU-Hochburg', wenn der Vorsprung der CDU in der vorherigen Wahl mehr als der Mittelwert aller Vorsprünge der CDU betrug. Dieser Mittelwert liegt bei einem Vorsprung von 15,14%.

4.2.2 Geschlecht

Den Bewerber_innen konnte das Geschlecht mit Hilfe einer von Jörg Michael im Computermagazin c't veröffentlichten Datei mit 40.000 Vornamen und dem jeweiligen Geschlecht zugeordnet werden (Michael, 2008). Diese Zuordnung sollte für die meisten Vornamen verlässliche Ergebnisse liefern. Für Vornamen, die sowohl für Frauen als auch für Männer verwendet werden (wie beispielsweise Andrea) wurde die häufigere Verwendung gewählt (bei Personen, die den Namen Andrea haben, wurde angenommen, dass sie Frauen sind) und nicht der Einzelfall geprüft. Dies bedeutet nicht, dass

alle Personen, die Andrea heißen, Frauen sind und wir können folglich davon ausgehen, dass ein nicht-systematischer Messfehler vorliegt, also einige der als Frauen bezeichneten Personen mit dem Namen Andrea eigentlich Männer sind. Dieser Messfehler ist nicht systematisch, weil er nicht zu einer Verzerrung des Ereignisses zugunsten der Zahl an Männern oder Frauen führt, da es auch Männernamen gibt, die hin und wieder für Frauen vergeben werden, wie beispielsweise Sascha. Des Weiteren entstehen Messfehler, wenn Personen sich mit einem anderen Geschlecht identifizieren als dem, welches ihnen aufgrund ihres Namens zugeteilt wurde. Insgesamt ist die Zuweisung des Geschlechts mittels des Vornamens zwar etwas ungenau (optimal wäre, die Abgeordneten nach ihrem Geschlecht zu befragen), für den Zweck der vorliegenden Studie allerdings ausreichend geeignet.

Von den 1120 Bewerber_innen waren 271 Frauen und 849 Männer, das entspricht einem Frauenanteil von 24,20%. Tabelle 4.1 zeigt die Verteilung des Geschlechts nach Jahren. Während von 1996 über 2001 bis 2006 ein Anstieg des Frauenanteils zu beobachten ist, nimmt der Frauenanteil im Jahr 2011 wieder ab. In Tabelle 4.2 ist die Verteilung nach Parteien dargestellt. Die Grünen haben mit 101 Frauen unter 280 Bewerber_innen mit Abstand die meisten Frauen nominiert, während die CDU mit 48 von 280 Bewerber_innen die wenigsten weiblichen Bewerber aufweist.

	1996	2001	2006	2011
Frauen	59	69	74	69
Männer	221	211	206	211

Tabelle 4.1: Männer und Frauen unter den Bewerber_innen nach Wahljahren

	CDU	FDP	GRÜNE	SPD
Frauen	48	56	101	66
Männer	232	224	179	214

Tabelle 4.2: Männer und Frauen unter den Bewerber_innen nach Parteien

4.2.3 Wiederholte Kandidaturen

Für die Untersuchung der Wiederbewerber_innen wurden die Bewerberdaten der Wahlen mit denen der vorherigen Wahl verglichen. Wenn ein Name in beiden Wahlen im selben Wahlkreis auftaucht, wird er als Wiederbewerber_in beschrieben. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass einzelne Wiederbewerber_innen aufgrund von Namensänderungen oder Tippfehlern übersehen wurden. Der Status als wiederholte Kandidatur wird als Dummyvariable in das Modell aufgenommen.

Von den 1120 Bewerber_innen haben 458 bereits zuvor im selben Wahlkreis kandidiert. Das entspricht einem Anteil von 40,89 Prozent. Tabelle 4.3 zeigt die relative Verteilung der Wiederbewerber_innen in den Parteien. Bei der CDU trat der überwiegende Teil der Bewerber_innen schon bei der letzten Wahl an, bei FDP und Grünen zeigt sich eine gegenteilige Verteilung. Die SPD liegt relativ ausgeglichen dazwischen. Dies legt nahe, dass der individuelle Wahlerfolg, der bei CDU und SPD häufiger austritt als bei FDP und Grünen, auch eher zu einer Wiederbewerbung führt. Männer kandidieren häufiger als Frauen zum wiederholten Mal (Tabelle 4.4)

	CDU	FDP	GRÜNE	SPD
Wiederbewerber_in	62%	26%	29%	47%
Kein/e Wiederbewerber_in	38%	74%	71%	53%

Tabelle 4.3: Wiederbewerber_innen nach Partei in %

	Männer	Frauen
Wiederbewerber_in	44%	32%
Kein/e Wiederbewerber_in	56%	68%

Tabelle 4.4: Wiederbewerber_innen nach Geschlecht in %

4.2.4 Amtsinhaber_innen

Ob der oder die Bewerber_in ein/e Amtsinhaber_in ist, wird ebenfalls als Dummyvariable in das Modell aufgenommen. 361 der Bewerber_innen sind Amtsinhaber_innen, das entspricht einer Quote von 32,23 %. Im Jahr 2011 traten am meisten Amtsinhaber_innen an, im Jahr 2001 am wenigsten (Tabelle 4.5). Es treten jeweils mehr als die Hälfte der vorherigen Amtsinhaber_innen wieder an. Männer sind häufiger Amtsinhaber als Frauen (Tabelle 4.7). Die Amtsinhaber_innen verteilen sich aber sehr unterschiedlich auf die Parteien: bei der CDU sind über 60% der Bewerber_innen Amtsinhaber_innen, bei Grünen und FDP weniger als 15% (Tabelle 4.6)

Für die Erfassung von Amtsinhaber_innen bestehen die selben Einschränkungen wie für wiederholte Kandidaturen, da auch hier Unstimmigkeiten bei den Namen zu nicht erfassten Amtsinhaber_innen führen können.

	1996	2001	2006	2011
Amtsinhaber_in	93	84	87	97
Kein/e Amtsinhaber_in	187	196	193	183

Tabelle 4.5: Amtsinhaber_innen nach Wahljahren

	CDU	FDP	GRÜNE	SPD
Amtsinhaber_in	62,14%	12,14%	14,64%	40%
Kein/e Amtsinhaber_in	37,86%	87,86%	85,36%	60%

Tabelle 4.6: Amtsinhaber_innen nach Partei in %

	Männer	Frauen
Amtsinhaber_in	34,39%	25,46%
Kein/e Amtsinhaber_in	65,61%	74,54%

Tabelle 4.7: Amtsinhaber_innen nach Geschlecht in %

Kapitel 5

Ergebnisse

5.1 Geschlecht und Wahlergebnis

Hypothesen 1 und 2 werden mit Hilfe eines Mehrebenenmodells untersucht. Die Ergebnisse werden in den Tabellen 5.1 bis 5.2 dargestellt. Der erste Schritt dieser Untersuchung ist, die Notwendigkeit eines Mehrebenenmodells festzustellen. Dies wird anhand des Vergleichs des Modells mit einem konstanten Intercept (Modell 1 in Tabelle 5.2) mit dem Modell bei dem der Intercept über die Gruppen variiert (Modell 2 in Tabelle 5.2) festgestellt. Da die Anova eine signifikante Verbesserung des Modells feststellt (p-Wert: 0.00), muss ein Mehrebenenmodell zur Analyse des Zusammenhangs verwendet werden. Die Varianz der abhängigen Variable wird durch die Einführung der Ebenen (Übergang von Modell 1 zu Modell 2) zu 91,23% erklärt. Das Gesamtmodell (Modell 6) erklärt 98,93% der Varianz der abhängigen Variable. Der Sprung in der Erklärungskraft der Modelle liegt bei der Einführung des Landesergebnisses der Partei, was auch durch die Veränderungen der Kennzahlen in der Anova zwischen Modell 3 und 4 verdeutlicht wird.

In den Modellen 3 bis 6 in Tabelle 5.1 wird das Modell des Wahlergebnisses schrittweise aufgebaut. In Modell 3 wird das Geschlecht als Variable eingeführt. Der Effekt dieser Variable ist in diesem Modell allerdings nicht signifikant von Null verschieden. Daher ist auch die ANOVA für den Schritt von Modell 2 zu Modell 3 nicht signifikant. Allerdings verringert sich der Standardfehler der Geschlechtsvariable in den folgenden Modellen wodurch im Gesamtmodell ein signifikanter Effekt auf dem 90%-Niveau vorliegt (90%-Konfidenzintervall: 0,04; 0,58). Die weiteren Hinzunahmen der Kontrollvariablen haben alle einen signifikanten Effekt auf das Modell. Ob ein/e Kandidat_in wieder kandidiert, hat im Mittel einen Stimmanteilzuwachs von 0,52 % zu Folge, wenn nicht für Amtsinhaberschaft kontrolliert wird (95%-Konfidenzintervall: 0,27; 0,78). Nach Kontrolle für Amtsinhaberschaft ist dieser Effekt nicht mehr signifikant, dafür hat der Status als Amtsinhaber_in einen durchschnittlichen Stimmanteilzuwachs von 0,73 % zu Folge (95%-Konfidenzintervall: 0,35; 1,12). Das Landesergebnis der Partei hat über die Modelle hinweg einen signifikanten Einfluss auf den Stimmenanteil (95%-Konfidenzintervall: 0,97; 1,02). Abbildung 5.1 zeigt das Histogramm der standardisierten Residuen. Die Verteilung folgt, wie gewünscht, einer Normalverteilung und weniger als fünf Prozent der standardisierten Residuen liegen außerhalb der Grenze von 1,96. Abbildung 5.2 zeigt die Verteilung der Residuen gegen die Verteilung der geschätzten Werte (fitted). Die Abbildung zeigt, dass die Annahme der gleichen Varianz der Residuen (Homoskedastizität) erfüllt ist.

5.2 Geschlecht und Nominierung

Um Hypothese 3 zu untersuchen, wird betrachtet, in welchen Situationen Frauen nominiert werden. Dafür werden drei Aspekte untersucht: Kandidaturen gegen Amtsinhaber_innen, Kandidaturen in Hochburgen der CDU und ob Frauen in Wahlkreisen antreten, die in der letzten Wahl für die Partei nicht erfolgreich waren.

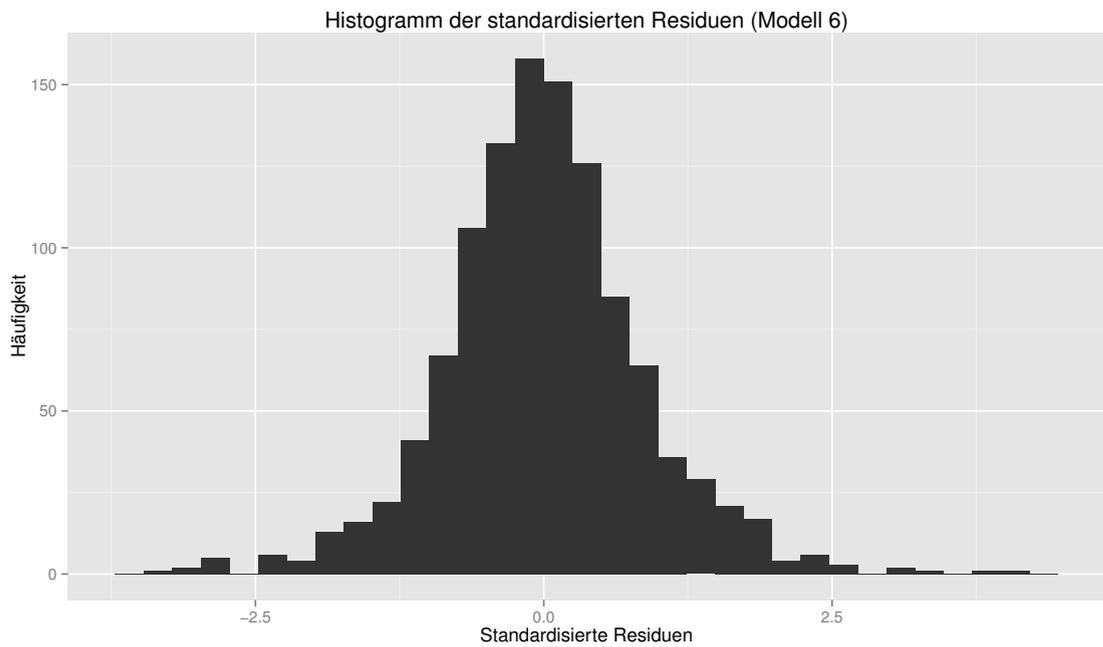


Abbildung 5.1: Histogramm der standardisierten Residuen (Modell 6)

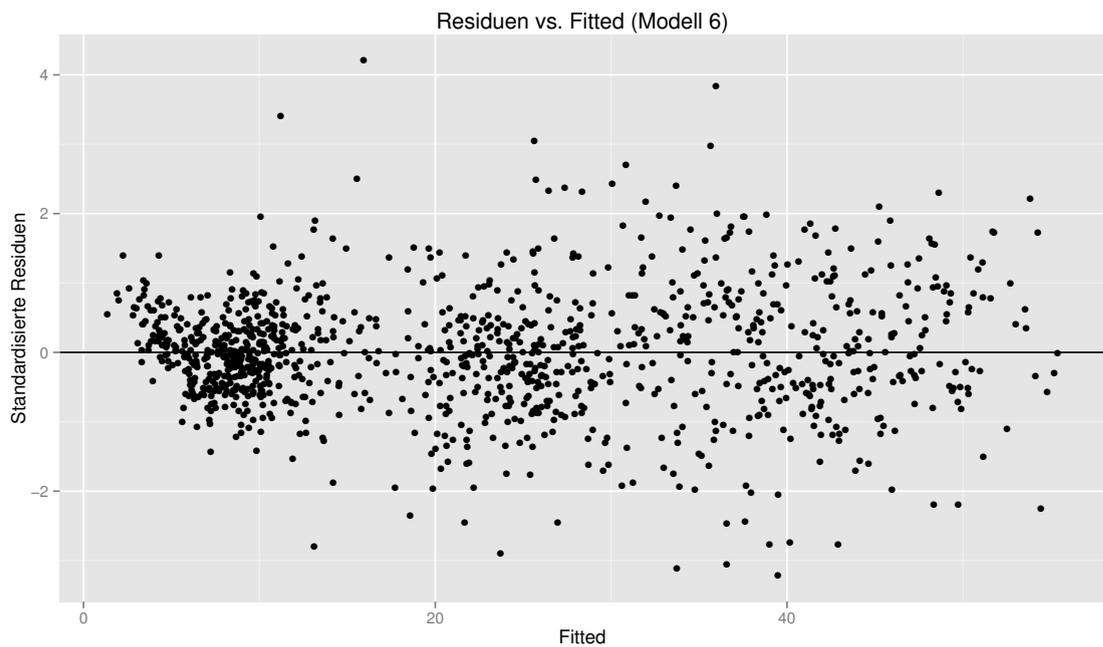


Abbildung 5.2: Residuals vs. Fitted (Modell 6)

	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Intercept	22.58***	-0.26	-0.39	-0.44
(s.d.)	(0.89)	(0.37)	(0.36)	(0.36)
Geschlecht: Mann	0.34	0.34	0.31	0.31
	(0.47)	(0.17)	(0.16)	(0.16)
Landesergebnis		1.00***	1.00***	1.00***
		(0.01)	(0.01)	(0.01)
wiederholte Kandidatur			0.52***	0.04
			(0.13)	(0.20)
Amtsinhaber_in				0.73**
				(0.23)
Num. obs.	1120	1120	1120	1120
Num. groups	280	280	280	280

*** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$

Tabelle 5.1: Modelle

Modell	df	AIC	BIC	logLik	Test	L.Ratio	p-Wert
1	2.00	9147.04	9157.08	-4571.52			
2	3.00	7700.27	7715.33	-3847.13	1 vs 2	1448.77	0.00
3	4.00	7701.77	7721.85	-3846.88	2 vs 3	0.50	0.48
4	5.00	5265.87	5290.97	-2627.93	3 vs 4	2437.90	0.00
5	6.00	5251.87	5282.00	-2619.94	4 vs 5	16.00	0.00
6	7.00	5243.98	5279.13	-2614.99	5 vs 6	9.89	0.00

Tabelle 5.2: Anova für den Vergleich der Modelle

Tabelle 5.3 zeigt die relative und absolute Häufigkeitsverteilung zwischen dem Geschlecht des/der Bewerber_in und ob er oder sie gegen eine/n Amtsinhaber_in antreten muss. Alle Amtsinhaber_innen sind davon ausgenommen. Es zeigt sich zwar, dass Frauen häufiger gegen Amtsinhaber_innen antreten müssen als Männer, allerdings ist dieser Zusammenhang im Chi-Quadrat-Test nicht signifikant (p-Wert: 0,295). Innerhalb der Parteien gibt es ebenfalls keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich dieser Situation.

Tabelle 5.4 zeigt die Verteilung von Männern und Frauen auf die Hochburgen der

Gegen Amtsinhaber_in	Geschlecht		Gesamt
	Frau	Mann	
Ja	159 27,65%	416 72,35%	575 75,76%
Nein	43 23,37%	141 76,63%	184 24,24%
Gesamt	202 26,61%	557 73,39%	759

Tabelle 5.3: Kandidaturen gegen Amtsinhaber_innen

CDU. Insgesamt kandidieren Männer häufiger als Frauen in diesen Hochburgen. Allerdings macht es einen Unterschied, ob man für die CDU in einer CDU-Hochburg kandidiert oder beispielsweise für die SPD. Ersteres wäre positiv für die Erfolgsaussichten des/der Bewerber_in, zweiteres negativ, vor allem da die Zweitmandate über den relativen Stimmanteil vergeben werden und eine starke CDU die Aussichten auf ein Zweitmandat für Bewerber_innen der anderen Parteien schwächt. Für die CDU kandidieren Männer häufiger in Hochburgen als Frauen. Der Chi-Quadrat-Test zeigt einen signifikanten Zusammenhang (p-Wert: 0,059). Auch in der SPD kandidieren Männer signifikant häufiger in CDU-Hochburgen als Frauen (p-Wert: 0,081). Für die Grünen und die FDP ist der Zusammenhang nicht signifikant, allerdings kandidieren in allen Parteien Männer häufiger in CDU-Hochburgen als Frauen.

Zuletzt wird die Rangfolge der Wahlkreise für die Partei untersucht. Eine Benachteiligung von Frauen würde entstehen, wenn sie häufiger als Männer in Wahlkreisen nominiert werden würden, die bei der letzten Wahl für die Partei schlechte Ergebnisse lieferten. Insgesamt ist der durchschnittliche Rangplatz der Wahlkreise der letzten Wahl auf dem Männer nominiert wurden 35,48; für Frauen ist er 34,54, von jeweils 70 Wahlkreisen. Dieser Unterschied ist nach dem Wilcoxon-Mann-Whitney-Test nicht signifikant von Null verschieden. Für SPD, Grüne und FDP zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Rangplätzen der Wahlkreise von Männern und Frauen. Bei der CDU ist dieser Unterschied auf dem 99%-Niveau signifikant (p-Wert:

Partei	in CDU-Hochburg	Geschlecht		Gesamt
		Frau	Mann	
Gesamt	Ja	107 20,90%	405 79,10%	512 45,71%
	Nein	159 26,97%	416 73,03%	575 54,29%
	Gesamt	271 24,20%	849 75,80%	1120
CDU	Ja	16 12,50%	112 87,50%	128 45,71%
	Nein	32 21,05%	120 78,95%	152 54,29%
	Gesamt	48 17,14%	232 82,86%	280
SPD	Ja	24 18,75%	104 81,25%	128 45,71%
	Nein	42 27,63%	110 72,37%	152 54,29%
	Gesamt	66 23,57%	214 76,43%	280
Grüne	Ja	44 34,38%	84 65,63%	128 45,71%
	Nein	57 37,50%	95 62,50%	152 54,29%
	Gesamt	101 36,07%	179 63,93%	280
FDP	Ja	23 17,97%	105 82,03%	128 45,71%
	Nein	33 21,71%	119 78,29%	152 54,29%
	Gesamt	56 20%	224 80%	280

Tabelle 5.4: Kandidaturen in CDU-Hochburgen

0,0045): Der durchschnittliche Rangplatz von Männer-Wahlkreisen ist 36,94, der von Frauen-Wahlkreisen 27,81. Ein höherer Rangplatz des Wahlkreises bedeutet eine bessere Platzierung in der letzten Wahl. In der CDU werden also Frauen in weniger aussichtsreichen Wahlkreisen nominiert als Männer.

Kapitel 6

Diskussion und Fazit

6.1 Geschlecht und Wahlergebnis

Entgegen den Erwartungen und dem Stand der Forschung erhalten Männer mehr Stimmen als Frauen, auch wenn für Amtsinhaberschaft und Wiederkandidatur kontrolliert wird. Das Wahlergebnis hängt also vom Geschlecht des/der Bewerber_in ab, wenngleich auch nur zu einem relativ geringen Teil. Wenn auch der Effekt eher klein ist, wurde im Gegensatz zu verschiedenen Studien ([Black und Erickson, 2003](#), [Dolan, 2014](#), [Welch et al., 1985](#)) ein Effekt identifiziert. Dies könnte allerdings an der Fallauswahl und geographischen Begrenzung auf Baden-Württemberg liegen. Eine Ausweitung der Methodik auf andere Bundesländer und Wahljahre ist daher nötig, um diese Erkenntnisse zu bekräftigen. Daran anknüpfend bleibt die Frage, ob die Parteien in Vorwegnahme der Einschätzung der Bürger weniger Frauen nominieren und somit die Unterrepräsentation von Frauen noch weiter verstärken. Dadurch wird die Nominierungsentscheidung von Parteien zu einem spannenden Forschungsthema und qualitative Untersuchungen von Nominierungsprozessen sollten hier wertvolle Erkenntnisse liefern. Genauere Untersuchungen von Wahlsystemen mit offenen Listen, wie beispielsweise auf der Kommunalebene sollten Erkenntnisse bezüglich

der Wahlentscheidung anhand von Merkmalen wie dem Geschlecht liefern.

Die wiederholte Kandidatur alleine (Modell 5) trägt signifikant zum Wahlergebnis bei, ein Effekt der allerdings verschwindet, wenn für Amtsinhaberschaft kontrolliert wird. Hypothese 2a kann somit bestätigt werden, Hypothese 2b allerdings nicht. Insgesamt erklärt das Gesamtmodell fast die gesamte Varianz des Wahlergebnisses. Der Wahlkreis, die Partei, das Landesergebnis der Partei und der Status als Amtsinhaber_in bestimmen also zu einem sehr großen Teil das individuelle Wahlergebnis, eine Erkenntnis, die wiederum sehr großes Gewicht auf die Rolle der Parteien im Wahlprozess legt.

6.2 Geschlecht und Nominierung

Bei der Nominierung von Frauen wurde vor allem die strategische Positionierung betrachtet. In Wahlkreisen mit Amtsinhaber_innen als Gegner_in, einer starken CDU und fehlenden vergangenen Erfolgen für die Partei, haben Kandidat_innen schlechtere Chancen auf einen Wahlerfolg. Allerdings zeigt die Untersuchung der Nominierungen in Baden-Württemberg diesen Effekt nicht, Hypothese 3 muss insgesamt - trotz einiger Einschränkungen - also abgelehnt werden. Während Männer häufiger Amtsinhaber sind als Frauen, kandidieren Männer auch im gleichen Maße gegen Amtsinhaber_innen wie Frauen. In der CDU kandidieren die Männer häufiger in diesen Hochburgen, was vermutlich am Status des Amtsinhabers in diesen Wahlkreisen liegt. Auch werden in der CDU Männer in besseren Wahlkreisen nominiert, bei den anderen Parteien sind diese Effekte nicht zu beobachten. Für die CDU könnte also Hypothese 3 teilweise bestätigt werden, wobei die beobachteten Effekte bei der CDU wahrscheinlich an der Vielzahl von Amtsinhaber_innen, die für die CDU weiter kandidieren, liegt. Diese Amtsinhaber_innen kandidieren eher in starken CDU-Wahlkreisen und treten auch eher wieder zur Wahl an, da sie in der letzten Wahl erfolgreich waren.

Neben der Sonderstellung der CDU lässt sich also festhalten, dass die vermutete Koordinierung von Kandidat_innen der anderen Parteien in erfolgsversprechende und weniger erfolgsversprechende Wahlkreise nicht anhand des Geschlechts funktioniert. Für die Nominierungsentscheidung der Parteien scheint also weniger die übergeordnete strategische Positionierung, noch die Ausweicheffekte von Männern und Frauen zwischen den Wahlkreisen eine große Rolle zu spielen. Dies hängt unter Umständen mit der dezentralen Natur von Nominierungen in Baden-Württemberg zusammen: Da die Nominierungsentscheidung komplett Sache des einzelnen Wahlkreises ist, kann nicht zentral gesteuert werden, wer in welchem Wahlkreis (und gegen welche Gegenkandidatin oder welchen Gegenkandidaten) antritt. Auch werden die meisten Kandidat_innen in ihrem Heimatwahlkreis antreten, da sie dort die höchste Popularität und Glaubwürdigkeit besitzen und nicht in den Wahlkreisen in denen durch schwache Opposition eine höhere Erfolgchance besteht. Schließlich liegt, selbst wenn eine solche Steuerung der Kandidatur von einflussreichen Politiker_innen in erfolgsversprechende Wahlkreise vorliegen würde, kein Unterschied zwischen Männern und Frauen in dieser Hinsicht vor.

6.3 Fazit und Ausblick

Die hier vorgestellten Ergebnisse hinsichtlich des Wahlerfolgs von Frauen im baden-württembergischen Landtag widerlegen einige Vermutungen bezüglich der Repräsentation von Frauen und werfen einige neue Fragen auf. Eine leichte Diskriminierung durch den Wähler ist nachweisbar. Allerdings findet aller Wahrscheinlichkeit nach - außer in der CDU - keine Verdrängung von Frauen auf schlechtere Wahlkreise statt. Die Wichtigkeit der Amtsinhaberschaft ist gut belegt und bedingt auch die schlechtere Positionierung von Frauen in der CDU. Die CDU setzt sich in der Positionierung von Frauen auf die Wahlkreise klar von den anderen Parteien ab: Hier liegt ein Teil der Diskrepanz zwischen Frauen und Männern im Wahlerfolg begründet. Allerdings

bleibt ein Teil des schlechteren Abschneidens von Frauen im Vergleich zu Männern, der nicht nur durch die Rolle der CDU erklärt werden kann. Hierbei ist wohl auch das leicht schlechtere Abschneiden von Frauen ein Teil der Erklärung, wobei fraglich ist, ob dieser Geschlechtseffekt alleine für die Diskrepanz des Wahlerfolgs zwischen Männern und Frauen verantwortlich ist.

Die hier vorgestellten Ergebnisse lassen sich aufgrund des besonderen Wahlsystems des Landes Baden-Württemberg nicht ohne Weiteres auf andere Länder übertragen. Ebenfalls wurden nur die Parteien CDU, SPD; Grüne und FDP betrachtet und beispielsweise die Republikaner, die hohe Ergebnisse in den 90er Jahren erzielten, ignoriert. Außerdem könnte die Untersuchung durch Einbeziehung weiterer vergangener Wahlen ergänzt werden. Die Verbindung dieser Untersuchung mit anderen Wahlen birgt auch Hürden, da sich der baden-württembergische Fall nicht ohne weiteres auf andere Wahlsysteme und deren Stimmvergabe übertragen lässt. Die konkreten Vorgänge, welche die Nominierung bestimmen, sollten ebenfalls weiterer Untersuchung unterzogen werden. Neben der Selbstauswahl von Frauen scheint hier der Schlüssel zur Lücke der Repräsentation von Frauen und Männern zu liegen. Umfragen, die Auswertung von Daten der Nominierungen und qualitative Untersuchungen sind nötig, um diesen Bereich besser zu untersuchen. Eine Vielzahl der Studien zur Repräsentation von Frauen beziehen sich auf den angelsächsischen Kontext, während die Situation in Deutschland noch relativ wenig untersucht ist. Hier besteht die Möglichkeit, durch die Übertragung von Forschungsansätzen und Vorgehen wichtige Erkenntnisse dieser Literatur in Deutschland zu testen.

Wenn am 13. März 2016 der neue Landtag in Baden-Württemberg gewählt wird, ist der Frauenanteil an den Nominierten und Abgeordneten, neben der Frage, ob

die grüne-rote Regierung an der Macht bleiben kann, ein wichtiges Thema. Baden-Württembergs schlechtes Abschneiden hinsichtlich des Frauenanteils hängt allerdings auch weiterhin vom Nominierungsverhalten der Parteien ab. Wie in dieser Arbeit vorgestellt wurde, spielt die Nominierung durch die Parteien die zentrale Rolle in der Besetzung des Parlaments. Frauen erhalten in der Abstimmung leicht weniger Stimmen als Männer, es wäre allerdings trotzdem zu erwarten, dass ein Anstieg des Anteils weiblicher Bewerber auch direkt mehr weibliche Abgeordnete bedingen würde. Wie sich die regierenden Parteien und die bei der letzten Wahl unterlegene CDU allerdings aufstellen werden, werden die nächsten Monate zeigen. Während die Vermutungen, dass Frauen in strategisch schlechteren Positionen nominiert werden, durch diese Arbeit nur für die CDU gestützt wurden, bleibt offen, ob beispielsweise die CDU ihre Verluste in den Direktmandaten durch Kandidaturen von neuen Bewerber_innen auszugleichen sucht und auf diesem Wege mehr Frauen als Kandidat_innen nachrücken werden. Auch wenn die Diskriminierung durch den Wähler mit einer durchschnittlichen Differenz von 0,3 Prozent eher gering ausfällt, deuten diese Ergebnisse auf den schweren Stand von Frauen in der baden-württembergischen Politik hin. Der Gesamttrend in der Repräsentation von Frauen ist allerdings positiv und es ist zu erwarten, dass sich dieser über kurz oder lang auch in Baden-Württemberg durchsetzen wird.

Anhang A

Frauenanteil in nationalen Parlamenten

Tabelle A.1: Frauenanteil in nationalen Parlamenten

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
1	Rwanda	9 2013	80	51	63.8%
2	Bolivia	10 2014	130	69	53.1%
3	Andorra	4 2011	28	14	50.0%
4	Cuba	2 2013	612	299	48.9%
5	Seychelles	9 2011	32	14	43.8%
6	Sweden	9 2014	349	152	43.6%
7	Senegal	7 2012	150	64	42.7%
8	Finland	4 2011	200	85	42.5%
9	Ecuador	2 2013	137	57	41.6%
10	South Africa	5 2014	400	166	41.5%
11	Iceland	4 2013	63	26	41.3%
"	Namibia	11 2014	104	43	41.3%
12	Spain	11 2011	350	144	41.1%
13	Mozambique	10 2014	250	99	39.6%
"	Norway	9 2013	169	67	39.6%
14	Belgium	5 2014	150	59	39.3%
15	Nicaragua	11 2011	92	36	39.1%
16	Timor-Leste	7 2012	65	25	38.5%
17	Denmark	9 2011	179	68	38.0%
"	Mexico	7 2012	500	190	38.0%
18	Netherlands	9 2012	150	56	37.3%

Fortsetzung auf folgender Seite

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
19	Angola	8 2012	220	81	36.8%
20	Slovenia	7 2014	90	33	36.7%
21	Germany	9 2013	631	230	36.5%
22	Argentina	10 2013	257	93	36.2%
23	United Republic of Tanzania	10 2010	350	126	36.0%
24	Uganda	2 2011	386	135	35.0%
25	Serbia	3 2014	250	85	34.0%
26	Costa Rica	2 2014	57	19	33.3%
"	Grenada	2 2013	15	5	33.3%
"	The F.Y.R. of Macedonia	4 2014	123	41	33.3%
27	Algeria	5 2012	462	146	31.6%
28	Zimbabwe	7 2013	270	85	31.5%
29	New Zealand	9 2014	121	38	31.4%
30	Guyana	11 2011	67	21	31.3%
"	Portugal	6 2011	230	72	31.3%
"	Tunisia	10 2014	217	68	31.3%
31	Cameroon	9 2013	180	56	31.1%
32	Italy	2 2013	630	195	31.0%
33	Austria	9 2013	183	56	30.6%
34	Burundi	7 2010	105	32	30.5%
"	Switzerland	10 2011	200	61	30.5%
35	Nepal	11 2013	597	176	29.5%
36	Trinidad and Tobago	5 2010	42	12	28.6%
37	Luxembourg	10 2013	60	17	28.3%
38	Ethiopia	5 2010	547	152	27.8%
39	Afghanistan	9 2010	249	69	27.7%
40	El Salvador	3 2012	84	23	27.4%
41	Belarus	9 2012	110	30	27.3%
42	Philippines	5 2013	290	79	27.2%
43	Australia	9 2013	150	40	26.7%
"	Lesotho	5 2012	120	32	26.7%
44	Iraq	4 2014	328	87	26.5%
"	South Sudan	8 2011	332	88	26.5%
45	France	6 2012	577	151	26.2%
"	Kazakhstan	1 2012	107	28	26.2%
46	Croatia	12 2011	151	39	25.8%
"	Honduras	11 2013	128	33	25.8%
"	Turkmenistan	12 2013	124	32	25.8%
47	Singapore	5 2011	99	25	25.3%
48	Canada	5 2011	306	77	25.2%

Fortsetzung auf folgender Seite

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
"	Mauritania	11 2013	147	37	25.2%
49	Lao People's Democratic Republic	4 2011	132	33	25.0%
50	Sudan	4 2010	354	86	24.3%
"	Viet Nam	5 2011	498	121	24.3%
51	Poland	10 2011	460	111	24.1%
52	Equatorial Guinea	5 2013	100	24	24.0%
53	China	3 2013	2959	699	23.6%
54	Lithuania	10 2012	141	33	23.4%
55	Kyrgyzstan	10 2010	120	28	23.3%
56	Greece	1 2015	300	69	23.0%
57	United Kingdom	5 2010	650	148	22.8%
58	Israel	1 2013	120	27	22.5%
59	Peru	4 2011	130	29	22.3%
60	Eritrea	2 1994	150	33	22.0%
61	Dominica	12 2014	32	7	21.9%
"	Guinea	9 2013	114	25	21.9%
62	Bosnia and Herzegovina	10 2014	42	9	21.4%
63	Cabo Verde	2 2011	72	15	20.8%
"	Dominican Republic	5 2010	183	38	20.8%
"	Monaco	2 2013	24	5	20.8%
"	Republic of Moldova	11 2014	101	21	20.8%
64	Albania	6 2013	140	29	20.7%
"	Pakistan	5 2013	323	67	20.7%
65	Madagascar	12 2013	151	31	20.5%
66	Bulgaria	10 2014	240	49	20.4%
67	Cambodia	7 2013	123	25	20.3%
68	Bangladesh	1 2014	350	70	20.0%
"	Liechtenstein	2 2013	25	5	20.0%
69	Colombia	3 2014	166	33	19.9%
"	Saudi Arabia	1 2013	151	30	19.9%
70	Estonia	3 2011	101	20	19.8%
71	Kenya	3 2013	350	69	19.7%
72	United States of America	11 2014	434	84	19.4%
73	Panama	5 2014	57	11	19.3%
74	Czech Republic	10 2013	200	38	19.0%
75	Slovakia	3 2012	150	28	18.7%
76	Sao Tome and Principe	10 2014	55	10	18.2%
77	Latvia	10 2014	100	18	18.0%
78	Togo	7 2013	91	16	17.6%
79	United Arab Emirates	9 2011	40	7	17.5%

Fortsetzung auf folgender Seite

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
80	Montenegro	10 2012	81	14	17.3%
81	Indonesia	4 2014	555	95	17.1%
82	Morocco	11 2011	395	67	17.0%
"	Venezuela	9 2010	165	28	17.0%
83	Tajikistan	2 2010	59	10	16.9%
84	Barbados	2 2013	30	5	16.7%
"	Malawi	5 2014	192	32	16.7%
"	Saint Lucia	11 2011	18	3	16.7%
"	San Marino	11 2012	60	10	16.7%
85	Democratic People's Republic of Korea	3 2014	687	112	16.3%
"	Ireland	2 2011	166	27	16.3%
"	Republic of Korea	4 2012	300	49	16.3%
86	Libya	6 2014	188	30	16.0%
"	Uzbekistan	12 2014	150	24	16.0%
87	Chile	11 2013	120	19	15.8%
88	Azerbaijan	11 2010	122	19	15.6%
89	Paraguay	4 2013	80	12	15.0%
90	Chad	2 2011	188	28	14.9%
"	Mongolia	6 2012	74	11	14.9%
91	Turkey	6 2011	548	79	14.4%
92	Gabon	12 2011	120	17	14.2%
93	Fiji	9 2014	50	7	14.0%
94	Somalia	8 2012	275	38	13.8%
95	Guinea-Bissau	4 2014	102	14	13.7%
"	Romania	12 2012	401	55	13.7%
96	Russian Federation	12 2011	450	61	13.6%
97	Burkina Faso	11 2014	90	12	13.3%
"	Guatemala	9 2011	158	21	13.3%
"	Niger	1 2011	113	15	13.3%
98	Bahamas	5 2012	38	5	13.2%
99	Uruguay	10 2014	99	13	13.1%
100	Saint Vincent and the Grenadines	12 2010	23	3	13.0%
101	Malta	3 2013	70	9	12.9%
102	Djibouti	2 2013	55	7	12.7%
"	Jamaica	12 2011	63	8	12.7%
"	Zambia	9 2011	158	20	12.7%
103	Cyprus	5 2011	56	7	12.5%
104	Sierra Leone	11 2012	121	15	12.4%
"	Syrian Arab Republic	5 2012	250	31	12.4%
105	India	4 2014	543	65	12.0%

Fortsetzung auf folgender Seite

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
"	Jordan	1 2013	150	18	12.0%
106	Suriname	5 2010	51	6	11.8%
"	Ukraine	10 2014	422	50	11.8%
107	Mauritius	12 2014	69	8	11.6%
108	Georgia	10 2012	150	17	11.3%
109	Antigua and Barbuda	6 2014	18	2	11.1%
110	Liberia	10 2011	73	8	11.0%
111	Ghana	12 2012	275	30	10.9%
112	Armenia	5 2012	131	14	10.7%
113	Malaysia	5 2013	222	23	10.4%
114	Hungary	4 2014	198	20	10.1%
115	Botswana	10 2014	63	6	9.5%
"	Japan	12 2014	475	45	9.5%
"	Mali	11 2013	147	14	9.5%
116	Gambia	3 2012	53	5	9.4%
117	Cote d'Ivoire	12 2011	251	23	9.2%
118	Brazil	10 2014	513	46	9.0%
119	Democratic Republic of the Congo	11 2011	492	44	8.9%
120	Kiribati	10 2011	46	4	8.7%
121	Bhutan	7 2013	47	4	8.5%
122	Benin	4 2011	83	7	8.4%
123	Bahrain	11 2014	40	3	7.5%
124	Congo	7 2012	136	10	7.4%
125	Nigeria	4 2011	360	24	6.7%
"	Saint Kitts and Nevis	1 2010	15	1	6.7%
"	Tuvalu	9 2010	15	1	6.7%
126	Myanmar	11 2010	420	26	6.2%
"	Swaziland	9 2013	65	4	6.2%
127	Samoa	3 2011	49	3	6.1%
"	Thailand	8 2014	197	12	6.1%
128	Maldives	3 2014	85	5	5.9%
129	Sri Lanka	4 2010	225	13	5.8%
130	Nauru	6 2013	19	1	5.3%
131	Haiti	11 2010	95	4	4.2%
132	Belize	3 2012	32	1	3.1%
"	Iran (Islamic Republic of)	5 2012	290	9	3.1%
"	Lebanon	6 2009	128	4	3.1%
133	Marshall Islands	11 2011	33	1	3.0%
134	Papua New Guinea	6 2012	111	3	2.7%
135	Solomon Islands	11 2014	50	1	2.0%

Fortsetzung auf folgender Seite

Rang	Land	Wahl	Sitze	Frauen	Anteil
136	Kuwait	7 2013	65	1	1.5%
137	Oman	10 2011	84	1	1.2%
138	Yemen	4 2003	301	1	0.3%
139	Micronesia (Federated States of)	3 2013	14	0	0.0%
"	Palau	11 2012	16	0	0.0%
"	Qatar	7 2013	35	0	0.0%
"	Tonga	11 2014	26	0	0.0%
"	Vanuatu	10 2012	52	0	0.0%
?	Comoros	1 2015	33	?	?
In Zwei-Kammer-Systemen beziehen					
sich die Daten auf das Unterhaus					
Stand: 28.03.2015					
Interparliamentary Union (2015)					

Anhang B

Frauenanteil im deutschen Bundestag

Tabelle B.1: Frauenanteil im deutschen Bundestag

Wahlperiode	Anzahl der weiblichen Abgeordneten	in %
1949-1953	28	6,8
1953-1957	45	8,8
1957-1961	48	9,2
1961-1965	43	8,3
1965-1969	36	6,9
1969-1972	34	6,6
1972-1976	30	5,8
1976-1980	38	7,3
1980-1983	44	8,5
1983-1987	51	9,8
1987-1990	80	15,4
1990-1994	136	20,5
1994-1998	177	26,3
1998-2002	207	30,9
2002-2005	196	32,5
2005-2009	194	31,6
2009-2013	204	32,8
2013-	230	36,5
Quellen	1949-2005: Gender Datenreport 2005-2009: Bundeszentrale für politische Bildung 2009-:Deutscher Bundestag	
Stand	Dezember 2014	

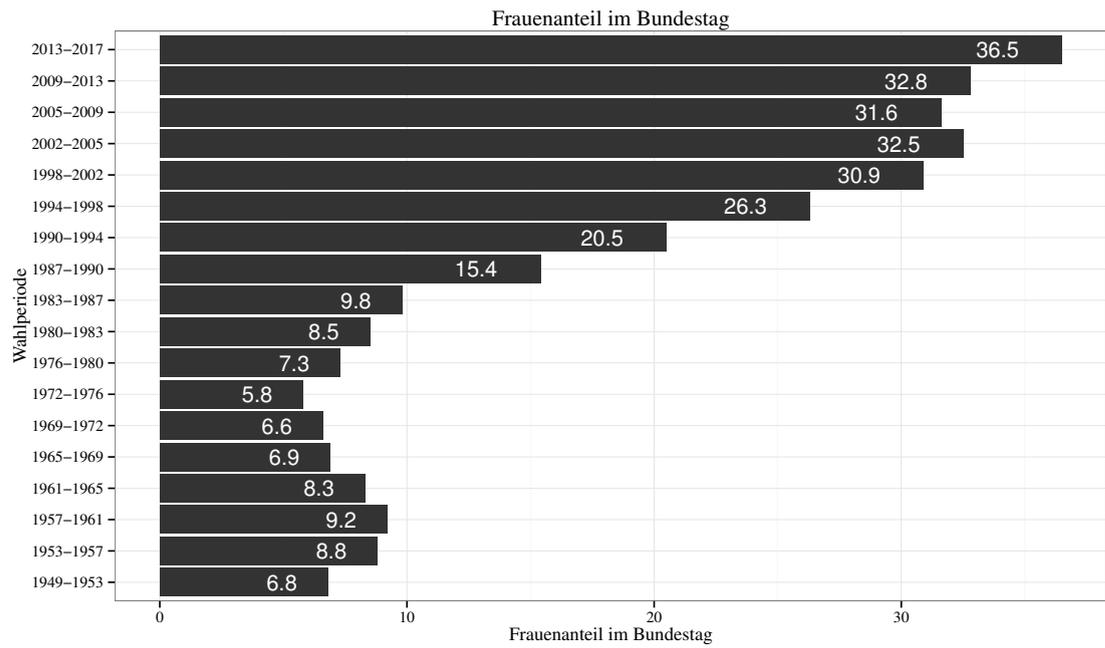


Abbildung B.1: Frauenanteil im Bundestag

Anhang C

Frauenanteil in den Landtagen

Tabelle C.1: Frauenanteil in den Landtagen

Bundesland		weibliche Abgeordnete	in%
Baden-Württemberg	26		18,8
Mecklenburg-Vorpommern	20		28,2
Niedersachsen	39		28,5
Hessen	32		29,1
Bayern	53		29,4
Nordrhein-Westfalen	70		29,5
Sachsen	40		31,8
Schleswig-Holstein	22		31,9
Sachsen-Anhalt	34		32,4
Berlin	51		33,7
Brandenburg	32		36,4
Thüringen	33		37,5
Hamburg	48		38,8
Saarland	20		39,2
Rheinland-Pfalz	40		39,6
Bremen	34		40,96
Quelle	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg		
Stand	Oktober 2014		

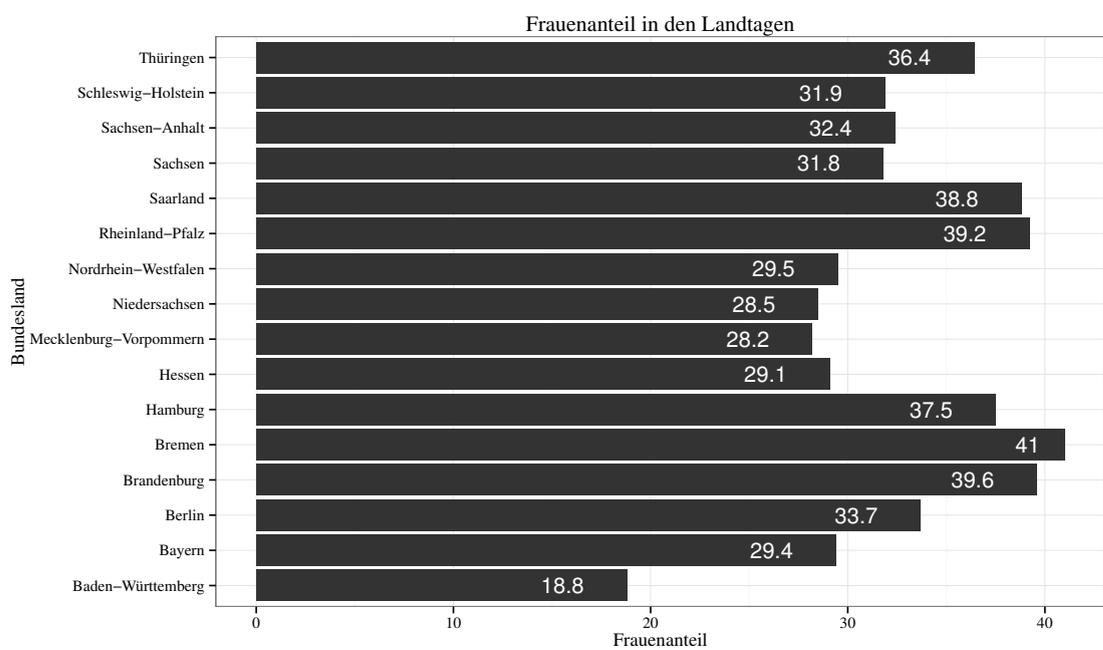


Abbildung C.1: Frauenanteil in den Landtagen

Literaturverzeichnis

- Banducci, S. A., Donovan, T., und Karp, J. A. (2004). Minority Representation, Empowerment, and Participation. *The Journal of Politics*, 66(2):534–556.
- Black, J. H. und Erickson, L. (2003). Women candidates and voter bias: do women politicians need to be better? *Electoral Studies*, 22:81–100.
- Bratton, K. A. (2002). The effect of Legislative Diversity on Agenda Setting: Evidence from Six State Legislatures. *American Politics Research*, 30(2):115–142.
- Childs, S. und Withey, J. (2004). Women Representatives Acting for Women: Sex and the Signing of Early Day Motions in the 1997 British Parliament. *Political Studies*, 52:552–564.
- Dahl, R. A. (1989). *Democracy and Its Critics*. Yale University Press, New Haven.
- Dahlerup, D. (2006). *Women, Quotas and Politics*. Routledge, New York.
- Dahlerup, D. und Freidenvall, L. (2010). Judging gender quotas: predictions and results. *Policy & Politics*, 38(3):407–425.
- Davidson-Schmich, L. K. (2010). Gender Quota Compliance and Contagion in the 2009 Bundestag Election. *German Politics and Society*, 28(96):133–155.
- Devlin, C. und Elgie, R. (2008). The Effect of Increased Women's Representation in Parliament: the Case of Rwanda. *Parliamentary Affairs*, 61(2):237–254.
- Dolan, K. (2014). Gender Stereotypes, Candidate Evaluations, and Voting for Women Candidates: What Really Matters? *Political Research Quarterly*, 67(1):96–107.
- Field, A., Miles, J., und Zoe, F. (2012). *Discovering Statistics Using R*. SAGE Publications Ltd., London.
- Finch, W. H., Bolin, J. E., und Kelley, K. (2014). *Multilevel Modeling Using R*. CRC Press, Boca Raton, FL.
- Fortin-Rittberger, J. und Eder, C. (2013). Towards a Gender-Equal Bundestag? The Impact of Electoral Rules on Women's Representation. *West European Politics*, 36(5):969–985.
- Fox, R. und Lawless, J. (2010). If Only They'd Ask: Gender Recruitment, and Political Ambition. *The Journal of Politics*, 72(2):310–326.

- Fox, R. L. und Lawless, J. L. (2011). Gendered Perceptions and Political Candidacies: A Central Barrier to Women's Equality in Electoral Politics. *American Journal of Political Science*, 55(1):59–73.
- Galligan, Y. und Knight, K. (2011). Attitudes Towards Women in Politics: Gender, Generation and Party Identification in Ireland. *Parliamentary Affairs*, 64(4):585–611.
- Gaßner, H., Neusüß, P., und Viezens, L. (2012). Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer zwingenden paritätischen Besetzung von Wahllisten im Kommunalwahlrecht Baden-Württemberg.
- Goldstein, H. (2011). *Multilevel Statistical Models*. John Wiley & Sons Ltd., West Sussex, UK.
- Gorecki, M. und Kukolowicz, P. (2014). Gender quotas, candidate background and the election of women: A paradox of gender quotas in open-list proportional representation systems. *Electoral Studies*, 36:65–80.
- Hayes, D. (2011). When Gender and Party Collide: Stereotyping in Candidate Trait Attribution. *Politics and Gender*, 7:133–165.
- Huddy, L. und Terkildsen, N. (1993). The Consequences of Gender Stereotypes for Women Candidates at Different Levels and Types of Office. *Political Research Quarterly*, 46(3):503–525.
- Hunter, A. A. und Denton, M. A. (1984). Do female candidates 'lose votes'? the experience of female candidates in the 1979 and 1980 canadian general elections. *Review of canadian Sociology and Anthropology*, 21(4):395–406.
- Inglehart, R. und Norris, P. (2002). Gender Equality and Democracy. *Comparative Sociology*, 1(3-4):321–345.
- Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht (1989). *Wer Wählt Gewinnt? 70 Jahre Frauenwahlrecht*. Wien.
- Interparliamentary Union (2014). Women in national parliaments.
- Jutzi, P. D. S. (10. Februar 2012). Stellungnahme zur Anhörung gendergerechte demokratie am 10. februar 2012 in der enquete-kommission 16/2 bürgerbeteiligung:
- Kaiser, A. und Hennl, A. (2008). Wahlsystem und frauenrepräsentation: ein vergleich der deutschen landesparlamente. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 43(4):738–753.
- Kam, C. D. und Zechmeister, E. J. (2013). Name Recognition and Candidate Support. *American Journal of Political Science*, 57(4):971–986.
- Kanthak, K. und Woon, J. (2014). Women Don't Run? Election Aversion and Candidate Entry. *American Journal of Political Science*, published online, print forthcoming; DOI: 10.1111/ajps.12158.
- Kenworthy, L. und Malami, M. (1999). Gender inequality in political representation: A worldwide comparative analysis. *Social Forces*, 78(1):235–269.
- King, A. und Leigh, A. (2010). Bias at the Ballot Box? Testing Whether Candidates' Gender Affects Their Vote. *Social Science Quarterly*, 91(2):324–343.

- King, D. C. und Matland, R. E. (2003). Sex and the Grand Old Party. *American Politics Research*, 31(6):595–612.
- Kittilson, M. C. (2011). Women, parties and platforms in post-industrial democracies. *Party Politics*, 17(1):66–92.
- Koch, J. W. (2002). Gender Stereotypes and Citizen's Impressions of House Candidates' Ideological Orientations. *American Journal of Political Science*, 46(2):453–462.
- Kostadinova, T. (2007). Ethnic and women's representation under mixed election systems. *Electoral Studies*, 26:418–431.
- Krook, M. L. (2010). Why are fewer women than men elected? gender and the dynamics of candidate selection. *Political Studies Review*, 8:155–168.
- Kunovich, S. und Paxton, P. (2005). Pathways to Power: The Role of Political Parties in Women's National Political Representation. *American Journal of Sociology*, 111(2):505–552.
- Lawless, J. L. und Fox, R. L. (2010). *It Still Takes A Candidate: Why Women Don't Run or Office*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Lawless, J. L. und Pearson, K. (2008). The Primary Reason for Women's Underrepresentation? Reevaluating the Conventional Wisdom. *The Journal of Politics*, 70(1):67–82.
- Lovenduski, J. und Norris, P. (2003). Westminster Women: the Politics of Presence. *Political Studies*, (51):84–102.
- Manow, P. und Flemming, P. (2012). Der Kandidat/die Kandidatin – das gar nicht mehr so unbekannte Wesen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 43(4):766–784.
- Matland, R. (1993). Institutional Variables Affecting Female Representation in National Legislatures: The Case of Norway. *The Journal of Politics*, 55(3):737–755.
- Matland, R. E. (1998). Women's Representation in National Legislatures: Developed and Developing Countries. *Legislative Studies Quarterly*, 23(1):109–125.
- Matland, R. E. (2005). Enhancing Women's Political Participation: Legislative Recruitment and Electoral Systems. In Julie Ballington and Azza Karam, editor, *Women in Parliament: Beyond Numbers*. International IDEA, Stockholm.
- Matland, R. E. und Studlar, D. T. (1996). The Contagion of Women Candidates in Single-Member District and Proportional Electoral Systems: Canada and Norway. *The Journal of Politics*, 58(3):707–733.
- Matland, R. E. und Tezcür, G. M. (2011). Women as Candidates: An Experimental Study in Turkey. *Politics and Gender*, 7:365–390.
- McElroy, G. und Marsh, M. (2010). Candidate Gender and Voter Choice: Analysis from a Multimember Preferential Voting System. *Political Research Quarterly*, 63(4):822–833.

- Michael, J. (2008). List of first names and gender.
- Norris, P. (2006). The Impact of Electoral Reform on Women's Representation. *Acta Politica*, 41:197–213.
- Norris, P. und Inglehart, R. (2001). Cultural Obstacles to Equal Representation. *Journal of Democracy*, 12(3):126–140.
- Norris, P. und Inglehart, R. (2003). *Rising Tide: Gender Equality and Cultural Change around the World*. Cambridge University Press, New York.
- Palmer, B. und Simon, D. (2008). *Breaking the Political Glass Ceiling: Women and Congressional Elections*. Routledge, New York.
- Paxton, P., Hughes, M. M., und Painter, M. A. (2010). Growth in women's political representation: A longitudinal exploration of democracy, electoral system and gender quotas. *European Journal of Political Research*, (49):25–52.
- Paxton, P. und Kunovich, S. (2003). Women's Political Representation: The Importance of Ideology. *Social Forces*, 82(1):87–114.
- Phillips, A. (1995). *The Politics of Presence*. Oxford University Press, Oxford.
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. University of California Press, Berkeley, California.
- Plüss, L. und Rusch, M. (2012). Der Gender Gap in Schweizer Stadtparlamenten. *Swiss Political Science Review*, 18(1):54–77.
- Rule, W. (1987). Electoral Systems, Contextual Factors and Women's Opportunity for Election to Parliament in Twenty-Three Democracies. *Political Research Quarterly*, 40:477–498.
- Sanbonmatsu, K. und Dolan, K. (2009). Do Gender Stereotypes Transcend Party? *Political Research Quarterly*, 62(3):485–494.
- Schwindt-Bayer, L. A. (2005). The incumbency disadvantage and women's election to legislative office. *Electoral Studies*, 24:227–244.
- Schwindt-Bayer, L. A. und Mishler, W. (2005). An Integrated Model of Women's Representation. *The Journal of Politics*, 67(2):407–428.
- Shair-Rosenfield, S. und Hinojosa, M. (2014). Does Female Incumbency Reduce Gender Bias in Elections? Evidence from Chile. *Political Research Quarterly*, 67(4):837–850.
- Stockemer, D. (2007). Why are there Differences in the Political Representation of Women in the 27 Countries of the European Union? *Perspectives on European Politics and Society*, 8(4):476–493.
- Stockemer, D. (2009). Women's parliamentary representation: are women more highly represented in (consolidated) democracies than in non-democracies? *Contemporary Politics*, 15(4):429–443.

- Stockemer, D. (2011). Women's Parliamentary Representation in Africa: The Impact of Democracy and Corruption on the Number of Female Deputies in National Parliaments. *Political Studies*, 59:693–712.
- Stout, C. T. und Kline, R. (2011). I'm Not Voting for Her: Polling Discrepancies and Female Candidates. *Political Behaviour*, 33:479–503.
- Swers, M. L. (2002). *The Difference Women Make: The Policy Impact of Women in Congress*. University of Chicago Press, Chicago.
- Tripp, A. M. und Kang, A. (2008). The Global Impact of Quotas: On the Fast Track to Increased Female Legislative Representation. *Comparative Political Studies*, 41(3):338–361.
- Welch, S., Ambrosius, M., Clark, J., und Darcy, R. (1985). The Effect of Candidate Gender on Electoral Outcomes in State Legislative Races. *Political Research Quarterly*, 38:464–475.
- Wolbrecht, C. und Campbell, D. E. (2007). Leading by Example: Female Members of Parliament as Political Role Models. *American Journal of Political Science*, 51(4):921–939.
- Wängnerud, L. (2009). Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science*, 12:51–69.
- Yoon, M. Y. (2004). Women's legislative representation in sub-saharan africa. *Legislative Studies Quarterly*, 29(3):447–468.